

Bezugspreis:
Wöchentlich 60 Goldplennig voranzahlbar. Unter Kreuzband für Deutschland, Danzig, Saar- u. Rheingebiet, Österreich, Litauen, Luxemburg wöchentlich 1,30 Goldmark, für das übrige Ausland 1,45 Goldmark pro Woche. Kreuzband erhaltungen nur gegen wertbeständige Zahlung. Postbezugsschein für Februar 4.— Goldmark.

Der „Vorwärts“ mit der Sonntagsbeilage „Welt und Zeit“ mit „Stellung und Kleinanzeigen“, sowie der Unterhaltungsbeilage „Heimwelt“ und der Frauenbeilage „Frauenwelt“ erscheint wochentlich zweimal, Sonntags und Montags einmal.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Verlag: SW 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Redaktion: Danhoff 292-295
Verlag: Danhoff 2506-2507

Dienstag, den 29. Januar 1924

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3
Bankkonto: Berlin SW 68, Lindendamm 2, abgeben werden. Schließt von 9 Uhr früh bis 5 Uhr nachm.

Anzeigenpreise:
Die einseitige Kopierleistung 0,70 Goldmark, Reklameweile 1,50 Goldmark. „Kleine Anzeigen“ das selbstdruckte Wort 0,20 Goldmark (außer zwei selbstdruckte Worte), jedes weitere Wort 0,10 Goldmark. Stellengelände das erste Wort 0,10 Goldmark, jedes weitere Wort 0,05 Goldmark. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Familienanzeigen für Abonnenten Reile 0,30 Goldmark. Eine Goldmark — ein Dollar geteilt durch 4,25.

Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 4 1/2 Uhr nachmittags im Druckgeschäft, Berlin SW 68, Lindendamm 2, abgeben werden. Schließt von 9 Uhr früh bis 5 Uhr nachm.

Die Sachverständigen kommen.

Prüfung der Inflationsgewinne der Großbanken?

Paris, 28. Januar. (Eigener Drahtbericht.) Das erste der beiden Sachverständigenkomitees sowie einige Mitglieder des zweiten Komitees sind am Montagabend nach Berlin abgereist, nachdem das Arbeitsprogramm endgültig festgestellt worden war. In der Diskussion der Rentabilität der deutschen Eisenbahnen haben die Sachverständigen die Überzeugung ausgesprochen, daß die Einnahmen des Eisenbahnwesens in den besetzten Gebieten einen wichtigen Bestandteil der Budgeteinnahmen des Reiches bilden und diese unter keinen Umständen dem Reich entzogen werden dürfen, falls eine wirklich realistische Lösung des Reparationsproblems gefunden werden soll. In Begleitung der Sachverständigen befindet sich eine Anzahl englischer, französischer und belgischer Botschafter, die von der deutschen Regierung zur Verfügung gestellte statistische Material nachprüfen sollen. Einzelne Blätter schreiben dem zweiten Sachverständigenkomitee, das sich gegen Ende der Woche in Berlin versammelt wird, die Absicht zu, bei der deutschen Regierung die Erlaubnis zur Nachprüfung der Bilanzen einiger deutscher Großbanken nachzufragen. Sie setzen dabei von der Überzeugung aus, daß einerseits die gewaltigen Verdienste, die gerade die Banken aus der Markt-Baisse gezogen hätten, in irgendeiner Weise für die Sanierung des Reiches nutzbar gemacht werden müßten und schließlich ein Einblick in die inneren Verhältnisse der großen deutschen Finanzinstitute zur Prüfung der Frage der deutschen Kreditfähigkeit im Ausland, d. h. einer internationalen Anleihe, notwendig sei.

Jaspars Vermittlerbesuch.

Paris, 28. Januar. (Eigener Drahtbericht.) Die Geheimniskammer, mit der von den zuständigen Stellen die Sonntagsunterredung zwischen Poincaré und dem belgischen Außenminister Jaspars umgeben wird, hat zu den verschiedenartigsten Kombinationen Anlaß gegeben, die, wie das in solchen Fällen immer zu geschehen pflegt, Richtiges und Falsches bunt durcheinander mengen. Auf Grund von Informationen von gut unterrichteter Seite glauben wir darüber Folgendes feststellen zu können: Die Reise Jaspars, zu der sich dieser ganz plötzlich entschlossen hat, ist veranlaßt worden durch eine Unterredung, die der belgische Botschafter in London Ende der vergangenen Woche mit Macdonald hatte und die ergänzt wurde durch eine Unterredung, die der englische Publizist Massingham, ein Vertrauensmann Macdonalds, zu gleicher Zeit mit maßgebenden belgischen Politikern in Brüssel führte. Massingham, der u. a. auch als Kandidat für den Berliner Botschafterposten genannt wird, scheint in diesem Falle mit einer ganz speziellen Mission betraut gewesen zu sein. Was Jaspars nach Paris geführt hat, ist unter diesen Umständen nicht schwer zu erraten. Jaspars hat auch diesmal die für die belgische Regierung traditionelle Rolle des Vermittlers zwischen London und Paris übernommen. Die neue englische Regierung hat keinen Zweifel darüber geäußert, daß sie in aller nächster Zeit den Gesamtkomplex des Reparationsproblems und der damit zusammenhängenden Fragen in Verhandlungen mit den Alliierten aufzurollen gedenkt, und in Erwartung dieser Ereignisse scheint man in Paris und in Brüssel das Bedürfnis nach Aufstellung eines gemeinsamen Programms empfunden zu haben.

Die Unterredung zwischen Poincaré und Jaspars, die nicht weniger als zwei Stunden dauerte und ohne Zwang stattfand, hat ohne Zweifel diesem Zwecke gedient. Wenn auch keine offiziellen Beschlüsse gefaßt wurden, so ist doch die Unterredung nicht ohne positive Ergebnisse geblieben. Aus der Befragung heraus, die Generalsausprache mit London nicht unnötig zu belasten, hat Poincaré sich durch den belgischen Außenminister und vielleicht auch durch Benesch von der Notwendigkeit weitgehender Konzessionen überzeugen lassen. Das gilt in erster Linie von der Angelegenheit der Separatisten in der Pfalz und des Kölner Eisenbahnkontflikts. Wir glauben, kein Dementi befürchten zu müssen mit der Feststellung, daß die französische Regierung endgültig auf die von ihr bei der Rheinlandkommission betriebene Anerkennung der „Autonomen Westregierung“ verzichtet hat. Sie hat diese Konzession allerdings abhängig gemacht von der Bedingung, daß man den vor dem Auftauchen der Separatisten nach Heidelberg geschickten bayerischen Behörden die Rückkehr nicht gestatte. Auch in der Frage des Eisenbahnverkehrs im Kölner Brückenkopf will die französische Regierung den bisherigen Widerstand gegen das zwischen den lokalen Instanzen vereinbarte Abkommen aufgeben. Der französische Rheinlandkommissar Tirard war am Sonntag telegraphisch nach Paris gerufen worden und wird hier die nötigen Instruktionen erhalten, um diese beiden Streitfragen endgültig aus der Welt zu schaffen.

Welt weniger an praktischen Ergebnissen dürfte dagegen die Unterredung zwischen Poincaré und Jaspars über die Reparationspolitik gestiftet haben. Man weiß sowohl in Brüssel als in Paris, daß die neue englische Regierung eine General-Liquidation in dieser Frage anstrebt und als eine der Vorbedingungen dafür die Aufgabe der französischen Ruhrpolitik ansieht. In Brüssel wäre man dazu unter gewissen Reserven bereit. Bei der gegenwärtigen französischen Regierung dagegen stoßen die Absichten der neuen englischen Regierung, wie nicht anders zu erwarten war, auf den heftigsten Widerstand. Poincaré hat erst in seiner letzten außenpolitischen Rede in der Kammer erklärt, daß Frankreich das Ruhrgebiet unter keinen Umständen und selbst nicht gegen andere Garantien und Pfänder herausgeben werde. Diesen Standpunkt dürfte er auch am Sonntag in der Unterredung mit Jaspars aufrechterhalten haben. Es ist in diesem Zusammenhang nicht ohne Bedeutung, wenn gerade heute die dem

Qual d'Orsay naheliegenden Blätter auf die wachsende Produktivität des Ruhrgebietes hinweisen und eine halbamtliche Nachrichtenagentur erzählt, daß in der Unterredung am Sonntag von den beiden Staatsmännern der Nettoüberschuß der Ruhrpolitik für das Jahr 1924 auf eine Milliarde Franc veranschlagt wurde.

Arbeiterregierung und Reparation.

Brabburty in London.

London, 28. Januar. (Eigener Drahtbericht.) Außer der Anerkennung Sowjetrußlands, die, wie es scheint, durch die Regelung einiger technischer Einzelfragen etwas aufgeschoben wird, steht das Problem der englisch-französischen Beziehungen nach wie vor im Vordergrund der außenpolitischen Betrachtungen. Die Blätter versichern immer wieder, daß Macdonald den Wunsch habe, eine neue internationale Konferenz einzuberufen, um das gesamte Reparationsproblem und die deutsch-französische Angelegenheit zu diskutieren. Das wichtigste Ereignis des Tages in dieser Hinsicht ist die Ankunft des britischen Vertreters in der Reparationskommission, Sir John Brabburty, in London, und zwar, wie versichert wird, auf ausdrücklichen Wunsch des neuen Schatzkanzlers Philip Snowden, eines unmittelbaren Vorgesetzten. Es heißt, daß Snowden mit Brabburty das gesamte Reparationsproblem einschließlich der Frage der interalliierten Schulden erörtern wolle.

Alle außenpolitischen Probleme waren am Montag Gegenstand der zweiten mehrstündigen Kabinettsitzung seit der Regierungsbildung. Es wurde auch beschlossen, eine Anleihe von 50000 Pfund für öffentliche Arbeiten zur Behebung der Arbeitslosigkeit aufzusetzen. Der Bericht des in der vorigen Woche eingeleiteten Unterausschusses zur Prüfung der Arbeitslosenfrage wurde in der Kabinettsitzung diskutiert.

Anlaß wird gemeldet: Der Ministerpräsident und Staatssekretär des Auswärtigen, Ramsay MacDonald, empfing heute im Auswärtigen Amt nacheinander 34 Gesandte bzw. Geschäftsträger fremder Mächte. Jeder Einzelne wurde getrennt empfangen und hatte eine Unterredung von mehreren Minuten mit dem neuen Leiter der auswärtigen Politik.

London, 28. Januar. (Neuer.) Das von „Quotidian“ veröffentlichte Interview Macdonalds ist gewährt worden, bevor Macdonald das Amt des Premierministers übernommen hatte. Dasselbe gilt von der Botschaft an Indien, die in dem Blatt „Hindu“ veröffentlicht worden ist.

Der Patriotismus der Arbeiterpartei.

London, 28. Januar. (Eigener Drahtbericht.) Auf einem Bankett der australischen Botschaft in London zu Ehren des Prinzen von Wales sprach nach diesem der neue Kolonialminister J. H. Thomas und führt aus: „In den letzten fünf Tagen hat dieses Land eine Art von unblutiger Revolution erlebt. Der große Wechsel ist ohne jede Erschütterung und Unruhe erfolgt. Die britische Handels- und Finanzwelt haben weiter gearbeitet, als wäre nichts geschehen. Am allerwenigsten durch den Regierungswechsel beunruhigt waren aber der Prinz von Wales und sein glorreicher Vater, der König, weil sie wußten, daß der Patriotismus und die Liebe zum britischen Reich, der Dienst und die Pflicht zum Reich nicht die Sache oder das Monopol einer bestimmten Klasse oder eines bestimmten Bekenntnisses ist. Das ist es, wenn dieser große Wechsel nichts weiter bedeutet, als daß dieses alte Land und dieses alte Reich einfach fortbestehen. Mein Vorgänger im Kolonialamt, der Herzog von Devonshire, hat trotz der politischen und sozialen Unterschiede, die uns trennen, ohne Jägern seine Dienste und Ehrungen um zur Verfügung gestellt. Dieser Geist erfüllt uns nicht nur mit Stolz um unser Vaterland, sondern läßt uns fühlen, daß, welche Wechsel oder Schwierigkeiten auch eintreten mögen, unser altes Vaterland sie stets überdauern wird. Ich hoffe, daß in den kommenden Jahren die Nachfolger der jetzigen Regierung von ihr werden sagen können, daß wir nichts getan haben, um jenes britische Reich zu schwächen, auf das wir alle so stolz sind. Ich habe das Amt mit Stolz und Dankbarkeit angenommen — mit Stolz, weil ich auf die Tage zurückblicken kann, in denen ich als reungeliebter Gastenjunge umherirrte, mit Dankbarkeit gegenüber einer Verfassung, die es ermöglicht, daß ein Malchinexpuher von gestern heute Minister werden kann. Eine so weitherzige und so demokratische Verfassung muß geschützt werden, und jenes Reich, das hinter dieser Verfassung steht, muß erhalten bleiben.“

Die Schwierigkeiten der Arbeiterregierung.

London, 28. Januar. (Eigener Drahtbericht.) Während verschiedene Anzeichen dafür sprachen, daß der Lokomotivführerstreik infolge der vermittelnden Tätigkeit des Generalsrats der Gewerkschaften und des Arbeitsministeriums in den nächsten Tagen beigelegt werden könnte, droht für diese Woche bereits wieder der Ausbruch eines neuen großen Ausstandes. Unter den Dockarbeitern gärt es wegen der beharrlichen Weigerung der Arbeitgeber, die Mindestlöhne um zwei Schilling täglich zu erhöhen. Eine Konferenz der Hafenarbeitervertreter aus dem ganzen Lande ist für Dienstag zusammenberufen. Die allgemeine Stimmung unter den hier eingetroffenen Delegierten ist für den Streik, der allein in London etwa 100 000 Arbeiter betreffen würde. Nach den neuesten Nachrichten soll die Stimmung unter den streikenden Lokomotivführern und Heizern, die bereits wegen des ständigen Ausbaues des Rotverkehrs etwas nachgiebiger geworden war, infolge der Aussicht auf den Hafenarbeiterstreik wieder unerschütterlich geworden sein. Die am Montag gepflogenen Schlichtungsverhandlungen haben keinen wesentlichen Fortschritt ergeben.

Die französische Währungskrise.

(Von unserem Pariser Korrespondenten.)

Paris, 26. Januar.

Der fortschreitende Verfall der französischen Währung — der durch das von der französischen Regierung mit überraschender Energie in Angriff genommene und von der Finanzkommission der Kammer bereits in seinen wesentlichsten Teilen angenommene finanzielle Sanierungsprogramm nur vorübergehend aufgehalten werden konnte — hat zwei Ursachen: eine finanziell-wirtschaftliche und eine politische. Was in Frankreich jetzt zur Stützung des Franks unternommen wird, hat den bedenklichen Nachteil, daß man das Uebel ausschließlich an seiner finanziell-wirtschaftlichen Wurzel heilen zu können glaubt. In dieser völligen Verkennung der politischen Seite des Problems aber dürfte gerade der Hauptgrund dafür liegen, daß das Reformwerk bisher ohne nennenswerte Wirkung geblieben ist und daß ihm auch in der Zukunft, trotz der gewaltigen Mehrkosten, die es dem französischen Volke aufbürdet, der beachtlichste Erfolg verlagert zu bleiben scheint. Die Krise des Franks ist in Wirklichkeit nichts anderes als die unvermeidliche Folge jener verhängnisvollen Erschütterung, die das Vertrauen des Auslandes in die Stabilität des französischen Staates und in die Solidität seiner Politik erschüttert hat. Dieses sinkende Vertrauen aber hat seinen Ursprung keineswegs nur in der Verschlechterung der materiellen Situation Frankreichs, sondern es liegen ihm darüber hinaus sehr tiefe psychologische Ursachen zugrunde. Auf eine knappe Formel gebracht, ist das fortbauernde Sinken des Franks die schärfste Dokumentierung des Mißtrauens der ganzen Welt gegen die gewaltige Ueberspannung der französischen Kraft in einer unruhigbaren und auf unerreichbare Nachziele gerichteten Politik des zum imperialistischen Größenwahn gesteigerten Prestiges. Hier liegt die Wechselwirkung zwischen Ruhrpolitik und Frankkatastrophe; eine Erkenntnis, gegen die man sich in Frankreich heute noch verzweifelt wehrt, die sich aber selbst dem ärmsten Teufel von Steuerzahler eines Tages mit elementarer Wucht aufdrängen wird, wenn er erst die bittere Erfahrung gemacht haben wird, daß die schweren Opfer, die heute der Staat von ihm verlangt, umsonst gebracht sein werden. Denn unter den gegebenen Umständen werden sie lediglich dazu dienen, eine privilegierte Schicht, die, unbekümmert um die bei jeder Gelegenheit im Munde geführte Phrasen von nationalem Interesse, sich nicht scheut, gegen die eigene Währung zu spekulieren, sich auf Kosten der Volksgemeinschaft zu bereichern. In Deutschland hat die Entwicklung bekanntlich die gleichen Erfahrungen ergeben.

Unter den finanziell-wirtschaftlichen Ursachen der Frank-Baisse steht an erster Stelle die außerordentlich starke Verschuldung Frankreichs an das Ausland. Die Forderungen der englischen und amerikanischen Regierungen an den französischen Fiskus spielen dabei, trotz ihres infolge der Kursverschlechterung auf über 130 Milliarden Franks gestiegenen Riesensbetrages, nur eine verhältnismäßig untergeordnete Rolle. Denn in Wirklichkeit denkt heute in Frankreich kein Mensch mehr ernsthaft an ihre Rückzahlung, und auch in England und Amerika dürfte man trotz aller entgegenstehender offizieller Erklärungen die Hoffnung, einen wirklich ins Gewicht fallenden Betrag dieser Kriegsdarlehen wiederzuerhalten, stark herabgeschraubt, wenn nicht bereits aufgegeben haben. Anders ist es mit der privaten Verschuldung der französischen Wirtschaft an das Ausland. Ueber ihre genaue Höhe gehen die Ansichten erheblich auseinander. Zuverlässige statistische Unterlagen fehlen vollständig. Diese Schuld geht zu einem Teile bis auf die Kriegsjahre zurück. Der Hauptbetrag aber dürfte in den Jahren, die dem Friedensschluß unmittelbar gefolgt sind, kontrahiert worden sein. Die französische Handelsbilanz, die sich allerdings in den letzten Jahren gerade wegen des kontinuierlichen Herabgleitens des Franks recht günstig entwickelt hat — die Parallele dazu liegt in dem großen deutschen Schleuderausverkauf in der ersten Periode des völligen Verfalls der Mark — war in den Jahren 1914—1920 stark passiv geworden. Läßt man selbst das Defizit der Kriegsjahre, das zum größten Teil in den Ziffern der Staatsschuld enthalten sein dürfte, ganz außer Anschlag, so bleibt allein für die beiden Jahre 1919 und 1920 noch immer ein Einfuhrüberschuß von rund 45 Milliarden Franks zu Lasten der französischen Zahlungsbilanz. Ein Teil dieser privaten Handelschuld ist zweifellos inzwischen in der Form von Besitzübertragungen, Immobilienkauf durch Ausländer, Veräußerung von Effekten usw. abgedolten worden. Die Höhe der aus dieser Zeit noch ungedeckten Kreditverbindlichkeiten aber wird selbst von optimistischen Beurteilern auf mindestens 12 Milliarden Papierfrank geschätzt. Als weitere Passivposten der französischen Zahlungsbilanz kommen hinzu: die von der französischen Regierung den Staaten der kleinen Entente gewährten Rüstungskredite, der von Monat zu Monat stärker werdende Abfluß von privatem Kapital, das aus Furcht vor weiterem Sinken des Franks im Ausland Anlage sucht und die sehr beträchtlichen Summen, die von französischen Staatsangehörigen in den

verschiedensten Formen in den besetzten deutschen Gebieten in-
vestiert wurden. Alles in allem mögen auf diese Weise in
den letzten zwei oder drei Jahren etwa 10 Milliarden Gold-
franks, das sind zum heutigen Kurse reichlich 40 Milliarden
Papierfranks, über die Grenze abgewandert sein.

Nicht minder verhängnisvoll als diese aus der Wirtschaft
resultierende Ursachenreihe hat sich für die Bewertung des
französischen Katastrophal zu nennende Zerrüttung der
öffentlichen Finanzen erwiesen. Die von Herrn
Ribot, dem Finanzminister des Kabinetts Clemenceau, ge-
prägte Zauberformel, daß „Deutschland alles bezahlen müsse“,
war lange Jahre hindurch das Motto der französischen Finanz-
politik, die aus der Hoffnung auf den unversiegbaren Strom
der deutschen Reparationsmilliarden die Berechtigung zu einer
geradezu wahnwitzigen Vergeudung öffentlicher Gelder her-
leiten zu dürfen glaubte. Der Fiskus wirtschaftete jahrelang
aus dem Vollen und lebte von der Inanspruchnahme seines
Kredits, immer in dem Glauben, daß Deutschland früher oder
später die Rechnung bezahlen werde. Die unausbleibliche Folge
war ein laminartartiges Anwachsen der französischen Staats-
schuld, die zu Kriegsende etwa 150 Milliarden betragen hat
und heute auf über 400 Milliarden gestiegen ist. Von dieser
Schuld ist aber noch nicht einmal die Hälfte konsolidiert. Mehr
als 200 Milliarden entfallen auf die schwebenden, jederzeit
kündbaren Verbindlichkeiten. Wohl hat man dem Land in
den letzten Jahren das Trugbild eines in Einnahmen und
Ausgaben leidlich ausgeglichenen ordentlichen Etats vorge-
gaukelt. Aber man hat ihm verschwiegen, daß die in diesem
Etat enthaltenen Ausgaben noch nicht einmal 50 Proz. der
Belastungsausgaben des französischen Staatshaushaltes aus-
machen, daß deren größerer Teil, in dem Reparationsetat und
den zahlreichen Spezialbudgets versteckt, ohne jegliche Deckung
war und ausschließlich aus Anleihemitteln aufgebracht werden
mußte.

Es ist unter diesen Umständen nichts anderes als die Fort-
setzung der bisherigen Vogelstrauchpolitik, wenn die franzö-
sische Regierung behauptet, mit dem soeben eingebrachten
finanziellen Reformprogramm den Etat in Ordnung
bringen zu können. Die wahrscheinlich viel zu hoch geschätzten
Mehreinnahmen werden im günstigsten Falle ausreichen, die
Zinsen des Reparationsetats, keineswegs aber dessen wirk-
liche Aufwendungen zu decken. Aber selbst dieses Ergebnis
ist noch keineswegs gesichert. Denn tatsächlich besteht der Aus-
gleich des ordentlichen Budgets nur auf dem Papier.
In Wirklichkeit sind die Ausgaben weit größer als die Ein-
nahmen. Sicher ist auch, daß ein nicht unbeträchtlicher Teil
der aus der Finanzreform erwarteten Mehreinnahmen bereits
von den Budgetüberschreitungen des ordentlichen Etats ver-
schlungen werden wird. Eine andere noch ungeklärte Frage
ist die nach der Rückwirkung der mit der Vprozentigen Er-
höhung der Steuern — diese sind in Frankreich beinahe zu
drei Vierteln indirekter Natur — unausbleiblich verbundenen
Verteuerung der Lebenshaltung auf die Ge-
haltung der Staatsausgaben. Die Spannung zwischen Preis-
und Lohnniveau ist schon heute so unerträglich, daß selbst die
Regierung Poincaré bei einem weiteren Anziehen der Preise
die von den Beamten seit langem verlangten Teuerungszu-
lagen nicht mehr wird verweigern können. Damit aber
wäre der finanzielle Effekt des Sanierungsprogramms un-
widerruflich in Frage gestellt.

Die Pariser Währungsdebatte.

Paris, 23. Januar. (W.T.B.) Die Kammer ist heute nachmittags
in die Einzelberatung der Finanzgesetze eingetreten. Nach der Ge-
schäftsordnung mußte sie sich vorher mit drei Vertagungsan-
trägen beschäftigen, von denen zwei von den Kommunisten und einer
von den Sozialisten eingebracht worden war. Diese Anträge wurden
mit großer Mehrheit abgelehnt.

Abg. Cahin (Kamm.) hatte vor Begründung seines Antrages
ausgeführt, daß die Regierung nichts unternommen habe, um die
Kriegsgewinnsteuer einzuziehen, und erinnert an die Stan-
dards im besetzten Gebiet. Aus ihnen ergebe sich, daß un-
gerechte und nicht zu rechtfertigende Summen für Kriegsschulden be-
zahlt wurden. Cahin kritisiert dann die allgemeine Politik der
Regierung, die das

Mißtrauen der ganzen Welt gegen Frankreich

herbeigeführt habe. Die Ruhrbesetzung sei verhängnisvoll gewesen.
Er verlangt die Räumung des Ruhrgebietes. (Zuruf rechts: „Das
würde den Deutschen Vergnügen bereiten, denn es gibt deutsche Kapi-
talisten, die erstreut darüber sind, daß sie Truppen zur Ver-
fügung haben, um die Arbeiter zu streiken. Nach Cahins Ansicht
würde die neue Steuer nur eine Erschwerung der materiellen Lage
der arbeitenden Klassen zur Folge haben. Der Mittelstand sei in
Deutschland verschwunden, bald werde er auch in Frankreich ver-
schwunden. Die Sowjetregierung werde nach und nach von der
ganzen Welt anerkannt. Frankreich werde wohl oder übel eben-
falls eines Tages dazu kommen, bevor in Frankreich selbst die Ar-
beiter- und Bauernregierung errichtet sei. — Der Vertagungsantrag
Cahin wird mit großer Mehrheit abgelehnt.

Die Ablehnung des Antrages der Abg. Moutet und Blum
(Soz.) auf Vertagung der Regierungsentwürfe bis nach den Kommun-
wahlen wurde mit 410 gegen 125 Stimmen abgelehnt. Hierauf be-
schloß die Kammer mit 426 gegen 152 Stimmen zur Beratung der
einzelnen Artikel der Regierungsentwürfe überzugehen und verlag
sich auf morgen, Dienstag vormittag, 9 Uhr.

Ausnahmezustand und Wahlfreiheit.

Unsere Gegenüberstellung verbotener und gestatteter Flug-
blätter hatte zunächst nur den Erfolg gehabt, daß in dem bei
solchen Anlässen üblichen überlegenen Ton gewisser amtlicher
Stellen verlautbart wurde, der Militärbefehlshaber in Thür-
ingen, General Hasse, habe pflichtgemäß Wahlflugblätter
nicht verbieten können. Die Sonntagsschulen zu bewirken,
daß man höheren Ortes doch zur Einsicht kam, der Skandal der
ungleichen Behandlung sei doch zu groß, und so erblühte
dann ein neuer Akt das Licht der Welt. Bei Schluß
unserer gestrigen Abendredaktion ging uns folgendes W.T.B.-
Telegramm zu, das wir noch einmal zum Abdruck bringen,
weil es nur in einem Teil unserer Auflage veröffentlicht wurde:

„Der in Thüringen erscheinende Wahlaufruf der vereinigten
völkischen Parteien hat erwiesen, daß eine zu sehr am Wortlaut
haftende Auslegung der Erklärung der Reichsregierung, wonach
Wahlflugblättern die Genehmigung nur dann zu verweigern
ist, wenn sie auf einen gewaltsamen Umsturz der Ver-
fassung hinarbeiten, dem Gebot der Aufrechterhaltung der Ruhe
und Ordnung nicht immer gerecht wird. Der Inhaber der vollziehenden
Gewalt hat demgemäß das Verbot des völkischen Flugblattes
verfügt und die Militärbefehlshaber angewiesen, auch an Wahl-
flugblätter einen möglichst strengen Maßstab an-
zulegen, der die Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung unter
allen Umständen gewährleistet.“

Die verantwortlichen Regierungsstellen befinden sich sehr
im Irrtum, wenn sie annehmen, daß der Zweck unseres Vor-
stoßes das Verbot des deutschvölkischen Wahlplakates gewesen
sei. Die Deutschvölkischen mögen, so gut und schlecht es ihre
geistige Verfassung zuläßt, Wahlpropaganda betreiben. Wir
wandten uns dagegen, daß der Belagerungszustand und das
dauernde Eingreifen von unpolitischen Militärs in rein
politischen Angelegenheiten zu ununterbrochenen
Reibungen und Beunruhigungen führen muß. Die offen-
sichtliche Parteilichkeit, das Messen mit zweierlei Maß ist eine
der Hauptquellen der Störung der öffentlichen Ruhe und Ord-
nung. Ein Belagerungszustand, der den Charakter eines
Ausnahmezustandes verliert und zur Regel wird, muß zu
diesen Konsequenzen führen, und deswegen wenden wir
uns nach wie vor gegen ihn, nachdem er seine aktuelle Bedeu-
tung vollständig verloren hat. Dieß man die neue Verfügung
genauer durch, so ergibt sich, daß in Wirklichkeit der Militär-
befehlshaber Anweisung zu neuen noch viel schwe-
ren Eingriffen erhalten hat. Es heißt jetzt, „die Militär-
befehlshaber sind angewiesen, auch an Wahlflug-
blättern einen möglichst strengen Maßstab
anzulegen, der die Aufrechterhaltung der Ruhe und Ord-
nung unter allen Umständen gewährleistet.“ Das bedeutet
nichts anderes, als die vollständige Durchbrechung und Auf-
hebung der vom Rechtsausschuß des Reichstages ausdrücklich
beschlossenen Wahlfreiheit. Gegen wen sich diese Auf-
hebung richten wird, braucht man gar nicht erst dazusagen.

General Hasse hat zur Genüge bewiesen, gegen wen er dem
Belagerungszustand anzuwenden gedenkt. Wahlen unter
solchen Bedingungen sind eine Verfallung der
Volksmeinung. Der Rechtsausschuß des Reichstages
hat die Verpflichtung, sofort diese neue Einschränkung aufzu-
heben. Darüber hinaus illustriert dies alles nur von neuem
die von allen Politikern mit Ausnahme des Herrn Reichs-
wehrministers längst eingelehnte Notwendigkeit der Auf-
hebung des Ausnahmezustandes.

Reichswehr und Zivilbevölkerung.

Chemnitz, 23. Januar. (Eigener Drahtbericht.) Von zube-
läufiger Seite erfahren wir, daß die Staatsanwaltschaft
allein im Landgerichtsbezirk Chemnitz gegen 90 Reichswehr-
angehörige ein Verfahren wegen Mißhandlung der Zivil-
bevölkerung eingeleitet hat. Es kann also mit Bestimmtheit
angenommen werden, daß in den sieben sächsischen Landgerichts-
bezirken mehrere hundert Ermittlungsverfahren gegen Reichswehr-
offiziere und Soldaten schweben.

Bei den Vorkäufen im Staatlichen Schauspielhaus
in Dresden anlässlich der „Pinkemann“-Aufführung wurden
57 Personen polizeilich festgesetzt. Die Organisation des
Sozialkampfes, Dietrich, der auch noch während der Vorstellung
weitere Anordnungen gab. Seine Helfereile sind zum Teil Stu-
denten und Angehörige der sogenannten höheren Berufe. Gegen
alle namentlich festgestellten Personen wird gerichtlich vorgegangen
werden.

Das Hypothekenträtsel.

Die Nachausgabe des „Tag“ tut so, als ob sie auf Grund
ihrer guten Beziehungen zu bestimmten Ministerien wieder
einmal in der Lage sei, etwas über die „endgültige“ Form
der dritten Steuernotverordnung mitteilen zu können, wenigs-
tens soweit diese sich mit der Hypothekenaufwertung beschäftigt.
Womit nach den bisherigen Erfahrungen durchaus nicht ge-
sagt ist, daß die Aufwertungsfrage keinerlei Veränderungen
mehr unterworfen sein wird. Aber an diesen Schwebeszustand
der Regierungsmeldung sind wir ja schon gewöhnt; er wird
durch die Mitteilungen des „Tag“ nur erneut bestätigt.

Es soll also über die Besteuerung der Entwertungsgewinne
im Kabinett Einigung erzielt sein, über die Auf-
wertungsfrage blieb man sich — uneinig. Das Reichs-
finanzministerium und das Reichsjustizministerium haben
daraufhin allein verhandelt und einen Kompromiß gefunden.
Nunmehr soll die dritte Steuernotverordnung nicht mehr nur
eine allgemeine Redensart über die Hypothekensfrage einver-
leibt bekommen, man will „eine feste Bestimmung über die
Aufwertung“ schaffen. Es heißt dazu:

Das Kabinett wird am Dienstag, nachdem diese Einigung er-
reicht ist, auf Grund eines neuen Entwurfes nunmehr mit über-
größer Wahrscheinlichkeit die Aufwertung in dieser Form und im
Zusammenhang mit der allgemeinen Inflationsteuer beschließen.

Aus diesen Mitteilungen geht hervor, daß man im Ka-
binett überhaupt noch nicht zu Stuhle gekommen ist, aber man
wird sich am Dienstag „mit allergrößter Wahrscheinlichkeit“
zur Entscheidung reif fühlen. Wir fürchten, daß die Tragödie
der Aufwertung zum Schluß doch noch eine politische Komödie
wird. Auf die Entscheidungskraft und innerliche Geschlossenheit
der Reichsregierung, die trotz Ermächtigungsgesetz vier Wochen
zur Ausarbeitung einer Steuerverordnung braucht, werfen die
fortlaufenden Beratungen zur Aufwertungsfrage ein bezeich-
nendes Licht. Ursprünglich wurde doch gern damit argumen-
tiert, daß der Reichstag für schnelle Entschlüsse zu schwer-
fällig sei.

Horsthy hat die Führer der Oppositionsparteien in längerer
Audienz empfangen, was um so auffälliger ist, als in den letzten
Tagen die Opposition im Parlament die Wortführer der Opposition
nahestehenden Heilmann v. Duden wieder angeprangert hat. Aber
da man Kredit von England haben will, muß man schon
europäisch tun!

Kino im Schnee.

Von einem alten Dachdecker.

Dicht vor meinem Hause lag ein schmutziger großer Haufen
Schnee. Nachdem er einige Zeit „stabilisiert“ gewesen ist, weicht
die dunkle Masse dem warmen Regen von oben, und — wie die
Butter an der Sonne — rutscht die Befahrung immer mehr in sich
zusammen, was das Guckfenster eines Rentners im Zeichen der
Inflation. Bis ich heute morgen die letzten Reste vertagen hier
und da zerstreut finde

Wir Wachen hat er — sagt ich — vor der Tür gelogen. Die
Spuren der 23 Tage sind deutlich zu merken. Bei genauer Be-
trachtung findet sich nämlich als Rückstand folgendes: Mindestens
zehn bis zwölf oder mehr kleine Haarbüschelchen. Wie fein ge-
wickelt und unringelt. Nicht zu verwechseln mit Christkindleins
haar. Es sind Büschelchen von der struppigen Madame im ersten
Stad, die jeden Morgen ihren falschen Wilhelm glättet und den Rest
der im Kamm bleibt, mit elegantem Schwung durchs Fenster bug-
sirt. Wie mancher könnte sich hier Boden gratis und als Andenken
kammeln. . . .

Dann birgt das letzte Schneehäuflein mindestens 50 bis
70 Streichholzröhrende, alle bis auf den Nagel abgebrannt, so daß
der, der sie verbrauchte, grad noch Zeit hatte, sie dem Schnee ein-
zuwerfen. Natürlich kann das nur ein Verleibter gewesen sein.
Braucht's Überlegung, woher diese Schwedenfamilie stammt?
Der junge Muster, der Abend für Abend die dralle Dirm im obersten
Stad bejuchet, steht oft lange „zum Fortgehen bereit“ zwischen Tür
und Angel. Immer wieder kommt's im Hauskur auf. Manchen
Abend gibt's das schönste Feuerwerk. Da liegen nun die Zeichen
ihrer Abfahrbereitungen, als traurige Ueberbleibsel eines Mond-
erfages. Ach, wie sieht das alles so scheel aus, wenn man's rück-
wärts betrachtet.

Weiter präsentiert die kleine Fische Fuchsteig, die nun wieder
geschämig an die Öffentlichkeit kommt, einige Lamm- und Haar-
nadeln und im trauten Verein diverse kondensierte Milchbüchsen, ohne
Inhalt natürlich.

Zwei Bleche liegen dort von einer Rundharmonika, mit denen
uns der vierjährige Bub im dritten Stad Weihnacht und Neujahr
verdorben hat, da er glaubte, je lauter er musikalisch heule, um so
schöner klinge es. Auf einmal, so um den achten Januar herum
war's stille. Jetzt sehe ich, warum es ruhig wurde. Die Bogen
nehmen diese Krautmöcher: Reutrommel oder Böhmböbel, was der
Wahrheit näher kommt wie Harmonika. Auf dem Deckel steht:
„Himmelmusik“. Ich will alles tun, nicht in einen solchen harmo-
nischen Himmel zu geraten. Rubet fast, ihr beiden Weiblich-
linge. Euch geht's wie manchem Kunstwerk: Acht Tage ärgert
ihr die Menschen und hunderttausend Jahre oder länger sind sie
tot. Niemand redet mehr davon.

Was ist das? Ich rede nicht darüber, die Redaktion würde es
sicher streichen, also Schwamm drüber.

Aber da liegt noch so ein glühendes kleines Etwas: doch kein
Ring, oder gar ein Goldstück? Doch mir die Spude wegbleibt: Das
ist ja ein kleines Teilchen von unseren Kristallgläsern. Ich erkenne
genau die Farbe. Und mir hot man vorgeschwindelt: eines sei „schon
lange mal wegkommen“. Sieh da, sieh da, Timotheus, die Kranke
des Ibykus. Wir ist so dämlich zu Gemüte. . . .

Was doch alles so zum Vorschein kommt, wenn der Schnee
schmilzt. Das reine Kino ohne Vorzensur.

Immer heranpasziert, meine Herrschaften. Hier sehen Sie die
Geschichte eines Hauses in dem letzten Monat. Ein Sau, Schau-
und Trauerspiel zum Totlachen. Unter jedem Schneehaufen etwas
Neues, etwas Feines, Apories. Eintritt frei. . . .
Der nächste Haufen, bitte. . . .

Blutersah.

Manngisch sind die Verfahren, verloren gegangene Blut-
mengen wieder zu ersetzen. Die Hauptaufgabe ist hierbei, die
lebenswichtigsten Organe mit Nährstoffen zu versorgen und beson-
ders den Blutdruck im Herzen nicht soweit sinken zu lassen, daß das
Herz etwa „leer läuft“.

In letzten Fällen kann man die nötige Blutmenge auf Kosten
der Nierentätigkeit beschaffen; man lagert die Beine hoch und um-
wickelt sie von den Füßen her mit elastischen Binden, so daß sie fest
blutleer werden — sogenannte „Autotransfusion“. In
schwereren Fällen kommt es vor allen Dingen an auf die Erhaltung
des für die Herzstätigkeit mindestens notwendigen Flüssigkeitsdruckes
im Gefäßsystem. Reist genügt „physiologische“, d. h. Iprozente
Kochsalzlösung, die das gleiche spezifische Gewicht wie das Blut hat.
Da das Blut selbst das Bestreben zeigt, sich durch den Gewebelast
der Umgebung zu ergänzen, ist schon eine Infusion der Lösung
unter die Haut ausreichend; viel rascher wirkt aber die Ein-
spritzung in eine Vene, meist eine der Ellenbeuge. An Stelle des
Kochsalzes setzt man auch verschiedene andere Substanzen, die zu-
gleich als Nährstoffe dienen können, so daß die verschiedensten
Lösungen entstehen mit dem Bestreben, der Blutzufuhr nicht
nur im spezifischen Gewicht, sondern auch im Nährwert, im elek-
trischen, osmotischen, kolloidalen und anderen Beziehungen mehr
oder weniger nahe zu kommen.

Das Verbleiben der Erbsen des Blutes durch Blut, die „Blut-
transfusion“ also, ist erst verhältnismäßig spät verwickelt
worden, weil das Blut beinahe ausschließlich aus Erythrocyten
besteht und auch sonst noch störende Eigenschaften aufweist. Nach diesen
Verfahren, die sich zum Teil als unpraktisch herausstellten, ist es
erst Oetiker in Hamburg gelungen, eine ebenso einfache wie
zweckmäßige Methode zu finden. In den Arm des Blutspenders
wie des Empfängers wird je eine Kanüle mit anhängendem Schlauch
gesteckt. Die freien Enden der beiden Schläuche führen zu einem
Drainagebecken, dessen dritte Röhre eine 10—20 Kubikzentimeter
fassende Injektionspritze einnimmt. Das Blut wird von der Spritze
angezogen, der Hahn umgestellt und die Spritze in den Kreislauf des

Empfängers entleert. So weiß man genau, wieviel Blut übertrifft,
soll den ganzen Vorgang in dem großenteils aus Glas bestehenden
Apparat kontrollieren und nötigenfalls sofort unterbrechen. Das
von Darner in Leipzig nach verbesserte Verfahren stellt die ein-
fache und beste Lösung des Problems dar. In Hamburg, dem
Geburtsort des Verfahrens, hat dieses bald einen neuen Nerven-
unter den „vollblütigen“ Matrosen hervorgerufen: Ausgerüstet mit
„Wassermanschetten“ und anderen ärztlichen Zeugnissen für die
Qualität ihres Blutes fungierten sie als schwerdamigliche Blutspender
und verkauften ihr Blut kubikzentimeterweise an solche, die es
brauchten. Dieses Geschäft soll indessen jetzt nicht mehr so blühen
wie früher.

Verkaufung des Urheberrechts. Das sozialdemokratische Mi-
nisterium der schwedischen ersten Kammer Sigrid Haansson hat einen
Antrag eingebracht, wonach das Urheberrecht nach Ablauf
der gesetzlichen Schutzfrist (30 Jahre nach dem Tode des
Verfassers) an den Staat übergeht, der seinerseits gehalten
sein soll, einen Krankheits- und Pensionsfonds für
schwedische Schriftsteller einzurichten. In Schweden war bis zum
Jahre 1877 das Urheberrecht unbegrenztes Eigentum des Autors und
seiner Erben. Dann wurde es auf 50 Jahre nach dessen Tode be-
grenzt und durch Gesetz vom Jahre 1919 auf 30 Jahre verkürzt. In
der sehr ausführlichen und interessanten Begründung des Antrages
wies Haansson u. a. nach, daß die verkürzte Schutzfrist nicht nur den
Erben, sondern dem Autor selbst zum Nachteil gereicht, da ein Ver-
leger für einen literarischen Nachlaß, der nach 30 Jahren frei wird,
keinerlei rechtliche Ansprüche hat, als für einen solchen, der 50 Jahre
geschützt bleibt. Da die Rückkehr zur 50jährigen Schutzfrist kaum zu
erzielen ist, der Schriftsteller aber andererseits für das verkürzte
Recht auf andere Weise entschädigt werden müsse, so regt er an, daß
das Urheberrecht nach Ablauf der Schutzfrist an den Staat übergeht,
der aus den Einkünften wiederum die Schriftsteller unterstützen. Hier-
durch könnte auch die Kontrolle über die Ausgabe freigelegener
Werke erfolgen, die bekanntlich bisher sowohl in textlicher wie finan-
zieller Beziehung eine Freibeute der Verleger zu werden pflegen.
Haansson bedauert auch, daß die staatlichen Unternehmungen schwedi-
scher Schriftsteller jetzt nicht mehr als insgesamt 26 000 Kronen im
Jahr betragen und eine Erhöhung dieser Summe durch den Reichs-
tag auszufüllen sei, während das weit kleinere Dänemark für diesen
Zweck im Jahre 1922 137 500 Kronen aufgewandt habe.

Der in Ruß gezeichnete Warenkatalog. Vigt hat einmal gesagt,
daß man alles in Ruß legen könne, und unsere Komponisten haben
sonne Prof'abramen verront und schreien auch nicht davon zurück,
die alljährlichen Bemerkungen in ihren Opem mußfächlich zu In-
struieren. Aber auf den Gedanken, einen oemdhischen Warenkatalog
in Ruß zu setzen ist doch vor dem französischen Komponisten Darius
Milhaud niemand gekommen. Dieser Neutöner macht allerdings das
Jugendschändnis, daß er als Text für seine Ruß kein gewöhnlichen
Katalog über Unterwäsche oder Zigarren wählte, sondern daß er
immerhin noch die poetische Ware, nämlich die Blume, bevorzugte.
In solcher Warenkatalog in der Vertonung Darius Milhauds wurde
fürzlich in einem Londoner Konzert vorgeführt. Die Sängerin Ethel
Coleman sang ihn zu einer Besetzung von Saiteninstrumenten.
Der Text legt sich auf folgenden Anführungen zusammen: „Eremus

Claf - Grandel.

Die mysteriösen Geldzuwendungen.

An der Affäre Thormann-Dr. Grandel hat am letzten Sonntag die von uns bereits angeführte Vernehmung des Vorsitzenden des Alldeutschen Verbandes, Justizrat Claf, stattgefunden. Sie dauerte drei Stunden und beschränkte sich noch einmal eingehend auf den

Beziehungen zwischen Claf und Dr. Grandel.

Zu der schon gemeldeten Tatsache, daß der letztere den Vorsitzenden des Alldeutschen Verbandes zuerst außerordentlich stark belächelt hatte, erfahren wir von absolut glaubwürdiger Seite, daß Grandel bei seiner ersten Vernehmung sogar behauptet haben soll, er habe

von Justizrat Claf 3000 Goldmark zur Ausführung des Ultimatums auf General v. Seckl erhalten.

Nach dieser Aussage brach Grandel völlig zusammen, und als er dann mit Justizrat Claf konfrontiert wurde, hielt er diese Darstellung nicht mehr aufrecht, sondern erklärte, daß die genannte Summe für politische Propagandazwecke in Bayern bestimmt gewesen sei. Zunächst hat sich Dr. Grandel in seinem süddeutschen Wirkungsbereich sehr lebhaft im Sinne der alldeutschen Bewegung betätigt. Wenn inzwischen festgestellt ist, daß er nicht eingetragenes Mitglied der Nationalsozialistischen Partei war, so muß doch darauf hingewiesen werden, daß er sich eifrig bemüht hat, auf nationalsozialistische Kreise Einfluß zu gewinnen.

Diese Bemühungen sind dann allerdings an dem Widerstand der leitenden Männer der Hitler-Bewegung gescheitert. Auf der anderen Seite hat Grandel es auch versucht, in Norddeutschland zur deutschpolitischen Freieitopartei in Beziehungen zu treten, ist aber auch hier mit Rücksicht auf die Tatsache, daß er sich in der alldeutschen Bewegung hervorragend betätigte, auf Ablehnung gestoßen. Die Vernehmung des wegen einer anderen Angelegenheit in Schußhaft befindlichen ostfälischen Dozenten Dr. v. Brechmer hat sich auf diese Bemühungen Dr. Grandels bezogen. Grandel hatte in letzter Zeit mit v. Brechmer, den er vor einiger Zeit kennengelernt hatte, brieflich in Verbindung zu treten versucht, hatte aber eine Abfuhr erhalten. In seiner Vernehmung hat dann der genannte Dozent energisch bestritten, daß zwischen den Deutschpolitischen und Grandel jemals Beziehungen bestanden hätten.

Im übrigen ist neuerdings auch Graf Reventlow in dieser Angelegenheit vom Untersuchungsrichter vernommen worden, wahrscheinlich über die gleiche Frage.

Man rechnet bereits für die nächsten Tage mit dem Abschluß der Voruntersuchung gegen Thormann und Dr. Grandel. Es ist zu hoffen, daß dann durch Mitteilung des Untersuchungsergebnisses die notwendige Klarheit in die noch immer recht dunkle Angelegenheit gebracht wird.

Der Kampf um die Grundsteuer.

Im Hauptausschuß des Preussischen Landtages nahm Finanzminister Dr. Richter zu den Anträgen der einzelnen Parteien zur Abänderung des Grundvermögenssteuergesetzes das Wort. Er wies zunächst darauf hin, daß die Frage der preussischen Grundsteuer eine hochpolitische Frage geworden sei, und zwar nicht nur für Preußen, sondern auch im Verhältnis zum Reich. Das allererste Erfordernis, auf das alle Maßnahmen Rücksicht zu nehmen haben, ist, so fuhr der Minister fort, die Aufrechterhaltung unserer Währung. Es muß beachtet werden, daß die Grundsteuerordnung keinen dauernden Charakter hat, ferner, daß wir, wenn die unentbehrliche Auslandsbilanz kommen soll, vorher

selber in unserem Hause und Haushalt Ordnung schaffen

müssen. Eine neue Inflation darf es nicht geben. Droffung der Ausgaben bis zum äußersten und Schaffung neuer Einnahmen, sonst erfolgt der Zusammenbruch, und mit Preußen geht auch das Reich zugrunde. Der Finanzminister gab die vorläufigen Schlussfesseln des preussischen Staats bekannt.

Den Ausgaben von 1128 Millionen Goldmark stehen Einnahmen von nur 1580 Millionen gegenüber.

Selbst mit der Grundsteuer ist ein Fehlbetrag von 543 Millionen Mark vorhanden. Was soll es im In- und Auslande für einen Eindruck machen, wenn wir jetzt eine Steuer wie die Grundsteuer abgeben und befehlen? Der Minister erkannte die Härten der Steuer für die Landwirtschaft und den Hausbesitz an. Zu einem starken

Jauchel. Schönheit der Blüte garantiert. Der Stiel dieser hervorragenden Art erreicht die Höhe von 8 Fuß. Die Blüten haben eine wunderbare Färbung zwischen Gelb und Rosa und sind sehr haltbar. Diese Aufzuchtungen erden mit dem hinreichenden Sog: Preise werden auf briefliche Anfragen sofort mitgeteilt.

Ein Königin-Gedächtniszimmer ist im Vorphilologischen Institut der Universität Würzburg, in dem der große Gelehrte eine epochenmachende Entdeckung schuf, eingerichtet worden. Wie in den Mitteilungen der Gesellschaft Deutscher Naturforscher und Ärzte berichtet wird, ist es das leibliche Arbeitszimmer Königs, in dem ein großer Teil seiner Originalapparate aufgestellt ist. Sie sind fast alle von seiner Hand gefertigt und bei den ausschlaggebenden Versuchen benutzt worden. Da finden sich die ersten Königsdröhren, die Originalphotographien, die zur Entdeckung der Strahlen führten, usw. Als einzige Originalhandschrift ist die Niederschrift seiner Entdeckungsgarbit vorhanden. Der Raum ist mit Königs Blüte von Hildebrand geschmückt. Neben seinem Arbeitstisch befindet sich ein Teil seiner Bibliothek, die vor allem die vollständige Sammlung der Sonderdrucke über seine Entdeckung enthält. Von seinem persönlichen Leben erzählt zahlreiche Photographien.

Zur Förderung der Künste durch Einlagen verschiedener Künstlerverbände fand im Reichsministerium des Innern eine Besprechung der an den Baufragen des Reiches beteiligten Ministerien statt. In dieser Besprechung wurde eine Einigung darüber festgestellt, daß die Ressorts mit Rücksicht auf die Erhaltung der künstlerischen Produktion und des kunsthandwerklichen Könnens bei Berechnung von Bauaufwänden in geeigneten Fällen bereit sind, entsprechende Kräfte zur Beteiligung heranzuziehen, soweit sich irgend Gelegenheit dazu bietet.

Der neue Generalkonsulent des Helmscher Nationaltheaters. Wie das Organ der bürgerlichen Regierung, „Das Volk“, meldet, ist Generalintendant Dr. Ulrich in Weimern nach Abkündigung eines Rufes für den gleichen Posten in Mannheim von der bürgerlichen Regierung zum Generalkonsulenten des Nationaltheaters in Weimar ernannt worden. Zu Ulrich durch am 1. Juli aussteht, dürfte sein Nachfolger zu diesem Zeitpunkt die Leitung des Theaters übernehmen.

Die Organisation des bürgerlichen Landeshaushalts dürfte damit nun auch in Fluss kommen.

Schritte für die deutsche Bäckerei in Leipzig. Es die zur Erhaltung der Deutschen Bäckerei zur Verfügung stehenden Mittel nicht genügen, hat sich eine „Kassette der Deutschen Bäckerei“ gebildet. Zweck der Kassette ist, allen Bäckereibetrieben und Wirtshäusern die Zahlung der deutschen Bäckerei zu erleichtern zu machen. Beiträge sind an das Kassentor: Deutsche Bäckerei, Leipziger Eisenbahn-Verlag und Verlagsanstalt: Deutsche Bäckerei, Leipzig Nr. 54533, zu senden.

Wie man unter Wasser lebt. Wie aus Rom gemeldet wird, erklärt der bekannte Taucher Prof. Ettore Signorini, daß es ihm im Verlauf seiner Versuche über die Atmung unter Wasser, eine Methode zu erfinden, die es möglich macht, unter Wasser zu leben. Man schreibt der neuen Erfindung einen revolutionären Einfluß auf den Unterwasserkrieg zu. (Schonheit hat sie aber auch für lebenswichtige Zwecke Bedeutung.)

Ein neuer Kientunnel unter Wasser. Um den überaus hohen Verkehr zwischen Brasilien, Kolumbien und dem amerikanischen Festland der Kientunnel New York zu entlasten, wird jetzt ein Kientunnel gebaut, der zugleich die Kommunikation des New Yorker Hafens sichern soll. Der Tunnel wird in einer Länge von 3 km unter der oberen New Yorker Bel angelegt; weitere 6 km führen sich unter dem Terrain von Brooklyn und Richmond hin. Der Bauanschlag beträgt die Kosten des Baus auf 60 Millionen Dollar.

leistungsfähigen Breuen gehört ein leistungsfähiger Mittelstand und eine kräftige Landwirtschaft. Aber vorübergehend müßte die Steuer getragen werden. Die Staatsregierung ist nur zu einer Ermäßigung für die kleineren Betriebe und das in den Städten stehende Baugelände bereit.

In der sich anschließenden Aussprache erklärte der Sozialdemokrat Lüdemann, seine Partei habe keine Veranlassung, sich besonders um die Grundsteuer zu bemühen. Sie habe Material erhalten, nach der die Steuer erträglich sei. Abg. Dr. Winterfeldt (Dnat.) erklärte demgegenüber, die Grundsteuer treibe Raubbau. Sie werde schon in diesem Jahre zur Verringerung der Ernte führen. Abg. Herold (Z.) erklärte, daß die Realsteuern in ihrer Gesamtheit den Gemeinden verbleiben müssen. Deshalb habe das Zentrum die Grundsteuer als Staatssteuer abgelehnt. Wenn jetzt der Staatsbedarf die Heranziehung notwendig mache, so müßten die

Denkt an Euer Blatt wenn Ihr im trauten Kreise zusammen seid und werdet ihm neue Abonnenten!

Realsteuern gleichmäßig herangezogen werden. Breuen und das Reich müßten in dieser Frage zusammenarbeiten. Abg. Dr. Peibitz (D. Sp.) führte aus, die Steuer könne nicht entbehrlich werden. Vorliegende Härten müßten ausgeglichen und eine Einigung auf einem mittleren Weg gefunden werden. Abg. von der Osten (Dnat.) wies auf die untragbare Belastung für die Landwirtschaft hin. Die Steuer werde in der Praxis nicht eingehehen, sondern erst mit Gewalt und durch Pfändung eingebracht werden müssen. Abg. Bönning (Z.) erklärte, das Zentrum könne nicht mehr als höchstens die Hälfte bewilligen.

Im weiteren Verlauf der Aussprache wurden von allen Rednern Änderungen der Steuer verlangt:

vielfach wurde dabei Kritik daran geübt, daß unsere Holzstände geradezu verschleudert worden seien. Auf eine deutsch-nationale Anfrage erklärte Finanzminister Dr. Richter noch, daß der preussische Staat allein für die Erwerbslosenfürsorge 250 Millionen Goldmark habe übernehmen müssen. Damit endete die öffentliche Aussprache. Da es in einer dann eingetretenen Pause nicht gelang, zwischen den Reichsparteien ein Kompromiß zu erzielen, wurde die Weiterberatung auf Dienstag vertagt.

Gegen die Sozialreaktion.

München, 28. Januar. (Eigener Drahtbericht.) Die erweiterten Landesausschüsse Bayerns des ADGB, des UFB-Bundes und des UDB, nahmen in einer Konferenz Stellung zu den wichtigsten Tagesfragen. Im Vordergrund der Aussprache stand die neue Verordnung über die Arbeitszeit, die Angriffe des Unternehmertums auf den Achtstundentag und die übrigen sozialen Belange der Arbeitnehmer sowie das sogenannte Aufbauprogramm des Rotbundes bayerischer Wirtschaftskreise. Dieses Programm wurde von allen Vertretern mit Entrüstung abgelehnt. Die Gewerkschaften werden sich noch in einer eingehenden Denkschrift zu dem Programm äußern.

Auf der Konferenz bestand ferner volles Einverständnis darüber, daß bei den kommenden Wahlen die Arbeitnehmerschaft alles aufbieten müsse, um ihren Einfluß in den Parlamenten besser wie bisher zur Geltung zu bringen. Dabei müsse es Aufgabe eines jeden Gewerkschaftsorgans sein, nur denjenigen politischen Arbeiterparteien ihre Stimme zu geben, die die wirtschaftlichen und sozialen Belange der Arbeitnehmerschaft in wirksamer Weise zu vertreten gewillt sind. Einstimmige Beschlüsse lauteten u. a. die Justizreform des jetzigen Reichsjustizministers Emmlinger. Die Konferenz erwartete von den politischen Parteien, daß sie ihren Einfluß geltend machen, um die Verordnungen Emmlingers wieder auszumergen. Von der bayerischen Regierung forderte die Konferenz: 1. sofortige restlose Aufhebung des Ausnahmezustandes; 2. vollständige Aufhebung des Streikverbots; 3. Anweisung an die Behörden, die schofende Beschränkung vor Uebergriffen ihrer verbleibenden Rechte zu sichern; 4. absolute Angleichung der Preise an die derzeitigen Gehälter und Löhne; 5. Abwehr der drohenden Goldmieten; und 6. Reorganisation und Festigung der sozialen Versicherung.

Unter dem Ausnahmezustand.

Die Abstimmung der Eisenbahner.

München, 28. Januar. (Eigener Drahtbericht.) Die Durchführung der Abstimmung im Deutschen Eisenbahnerverband betreffend die Arbeitszeitverlängerung, die für Samstag und Sonntag festgesetzt war, ließ im Augsburger Bezirk insofern auf Schwierigkeiten, als der dortige Regierungspräsident Graf v. Sprell die Abstimmung zunächst verbot. Nach einer Rücksprache der dortigen Gauleiter setzte sich der Regierungspräsident mit dem Generalkonsulentenkommissar ins Benehmen, um ein generelles Verbot für ganz Bayern durchzusetzen. Einen Erfolg hatte er aber nicht; denn v. Rahr unterließ keine Einmischung, so daß die Abstimmung in ganz Bayern ohne Störung durchgeführt wurde. Von den rund 6000 im Deutschen Eisenbahnerverband in München Organisierten beteiligten sich nur etwa 2000 an der Abstimmung. Dagegen sprachen sich 1700 für sofortige Aufnahme des Streiks aus, während 300 für eine Verschiebung stimmten. Von den übrigen bayerischen Bezirken erwartet man eine im Verhältnis noch geringere Beteiligung an der Abstimmung.

Dresden, 28. Januar. (Eigener Drahtbericht.) Auf Weisung des Hauptvorstandes beabsichtigte der Deutsche Eisenbahnerverband am Sonntag in Dresden eine Abstimmung darüber vorzunehmen, ob der teilweise bereits bis zu 15stündiger Arbeitsdauer unterbrochene Achtstundentag im Eisenbahnbetrieb zurzeit erhalten bleiben soll oder nicht. Am Sonnabend und Sonntag wurde auf sämtlichen Eisenbahndienststellen ein Befehl des Wehrkreiskommandos IV beflaggt, daß die Streikabstimmung nach der Wehrkreisverordnung vom 27. September 1923 strafbar ist. Kurz nach Beginn der Wahl am Sonntagvormittag wurden die Abstimmungskreise von der Polizei besetzt, einzelne Wahlleiter verhaftet und die Wahlurnen sowie das gesamte Wahlmaterial beschlagnahmt.

Gegen die Zertrümmerung der Rechtspflege Eine Erklärung des Anwaltvereins.

Der Vorstand des Berliner Anwaltvereins veranlaßt zu der Verordnung des Reichsjustizministers vom 13. Januar, betr. die Entlassung des Reichsgerichts, eine längere Erklärung, der wir folgendes entnehmen:

Die Verordnung schränkt in der bedauerlichsten Weise die Möglichkeit der Anrufung des höchsten Gerichtshofes ein, indem sie die Revision verweigert, wenn der Berufungsrichter die Ausübung der richterlichen Aufklärungs- und Prozeßpflicht unterlassen oder gegen den obersten Grundsatz verstoßen hat, daß die Urteilsfindung, zwar auf freier Ueberzeugung des Gerichts, aber doch nur auf dem Inbegriff aller durch die Verhandlung zutage getretenen Umstände beruhen müsse. Nach diesem Angriff auf die Spitze der Rechtsprechung, der, wie es ein hervorragendes Mitglied des Reichsgerichts

für die Strafrechtspflege befürchtet hat, zu einer „Berstellung“ der Rechtseinheit führen muß, soll jetzt der Schloß gegen das gesamte Verfahren in bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten folgen: Die Urteile haben von einem Entwurf des Reichsjustizministeriums her, der die erprobten Grundzüge des bisherigen Prozeßverfahrens beseitigt. Im Interesse angeleglicher Beschleunigung und Vereinfachung der Prozeßverfahren soll die Herrschaft der Partei über ihren Anspruch im anhängigen Verfahren beseitigt werden. Die Parteien sind einig, das Verfahren soll ruhen: der Richter hat die Macht, die Fortsetzung zu beschließen. Die Parteien wünschen eine Vertagung: der Richter beschließt, nach der Urteilsurage zu entscheiden. Daneben soll die sogen. Eventualmaxime eingeführt werden; jeder hat sich sofort möglichst vollständig zu erklären. Unterläßt er das, trotzdem er es nach Ansicht des Gerichts konnte, so wird er mit seinem Vorbringen ausgeschlossen und kann es — dies ist das Ungeheuerlichste — auch nicht im neuen Rechtszuge der Berufung nachholen. Dieser Grundsatz, der bisher jedem jungen Studenten der Rechtswissenschaft als der Gipfelpunkt einer verfehlten Verfahrensregelung dargestellt wurde, der im übrigen technische Voraussetzungen hat, die im alten preussischen Verfahren gegeben waren und heute fehlen, dessen Beseitigung als die wesentlichste Errungenschaft auf dem Gebiete des Prozeßrechts gepriesen wurde, soll jetzt Geschickskraft erlangen!

Es verlaute, daß der Reichsjustizminister zunächst den Versuch machen will, dieses Erzeugnis der ihm unterstellten Räte vom Rechtsausfluß des Reichstags billigen zu lassen und es nur für den Fall der Ablehnung im Verordnungsweg zu veröffentlichen. Da sich aber, wie wir von jedem Rechtsausschuß des Reichstages, unabhängig von sonstigen Parteiwünschen, erwarten, eine Mehrheit für die Annahme schwerlich finden dürfte, bleibt die große Gefahr der Zertrümmerung der bürgerlichen Rechtspflege bestehen.

Im ersten Abh. der Erklärung des Republikanischen Richterbundes (Abendausgabe des „Vorwärts“ vom 18. Januar) ist infolge eines technischen Verfehlers ein Satz ausgefallen. Nach dem Satz: „Es wird in der Öffentlichkeit gefragt, ob auch der Republikanische Richterbund zur Meinungsbildung aufgefordert wurde und wie diese Meinung lautet, ist einzuschalten: „Das Reichsministerium für Justiz hat uns den Entwurf nicht vorgelegt.“

Marx ist nicht zu sprechen.

Auf die an den Reichsanwalt gerichtete Eingabe der Beamten-Epigenorganisationen um eine persönliche Aussprache über die Art des Personalabbaues hat der Reichsanwalt am 28. Januar 1924 wie folgt antworten lassen:

Auftragsgemäß teile ich ergebenst mit, daß es dem Herrn Reichsanwalt zu seinem Bedauern nicht möglich ist, die Herren Vertreter der Beamtenorganisationen zu einer persönlichen Aussprache in nächster Zeit zu empfangen. Die Eingabe ist an das für den Aufgabentritt zuständige Reichsfinanzministerium weitergeleitet worden, an das Sie mit einem gleichen Wunsch, soweit hier bekannt ist, bisher nicht herangetreten sind.

Die Antwort trägt ganz die Merkmale, wie sie in der Behandlung der Gewerkschaften früher üblich waren.

Wie das „Reichsbefehlungsblatt“ mittelt, erhalten die Beamten ihre Februarbezüge je zur Hälfte am 1. und 13. Februar. Eine Anweisung der Beamten-Epigenorganisationen, die erste Gehaltshälfte schon einen oder mehrere Tage früher auszahlen, damit die Beschaffung der Monatskarten zur Benutzung der Verkehrsmittel rechtzeitig erfolgen kann, hat das Reichsfinanzministerium zurückgewiesen. Ueber die Erhöhung der Ortszulagen im Hinblick auf die bevorstehende Mietpreiserhöhung schwebt zurzeit Ermüdungen zwischen den Ressortverwaltungen. Bei der Haltung des Reichsfinanzministeriums dürfte auch auf diesem Gebiete wenig für die Beamten zu erwarten sein.

Die Saarwahlen.

Saarbrücken, 28. Januar. (Eigener Drahtbericht.) Am Sonntag fanden im Saargebiet die Wahlen zum Landestag statt. Sie ergaben einen starken Linksrud, der sich auf Kosten der bürgerlichen Parteien vollzog. Die Wahlbeteiligung betrug 45 Proz. mehr als 1922, also insgesamt 70 Proz. Die Sozialdemokratie erhielt 6 Siege und gewann ein Mandat. Dagegen verlor das Zentrum trotz der stärkeren Wahlbeteiligung im Vergleich zu den letzten Wahlen 2 Siege und mußte sich fast doppelt mit 16 mit 14 Mandaten zufriedengeben. Auch die Vereinigte Liberale Partei, die sich aus ehemaligen Volksparteilern und Demokraten zusammensetzt, verlor einen Sitz. Sie zieht mit 4 Mandaten in das Landesparlament ein. Sowohl die Sozialnationalen als auch der französische Saarbund erhielten keinen Sitz. Dagegen steigerten die Kommunisten ihre Mandatenzahl von 2 auf 4, während der Land- und Grundbesitz statt bisher 2 nur 1 Mandat erhielt.

Die Wirtschaftskrise an der Ruhr.

Bochum, 28. Januar. (Eigener Drahtbericht.) Die Arbeitslosigkeit im Ruhrbergbau dauert fort. Die Notlage der Bergarbeiter wächst mit der täglich größeren Umfang annehmenden Zahl der Feierstündigen. Im Ruhrgebiet organisieren sich Erwerbslosentransporte, die in das unbefestigte Deutschland abgefahren werden, um dort Arbeit und Unterkunft zu finden. Eine erhebliche Anzahl von Erwerbslosen aus dem Duisburger-Ruhrheimer Revier befindet sich bereits in unbefestigten Deutschland.

Daneben macht sich eine Auswandererbewegung nach Südamerika stark bemerkbar. Die Zahl der Ausgewanderten geht bereits in die Tausende und setzt sich, was das Bewandertum ist, in der Hauptsache aus Qualitätsarbeitern zusammen. Beispielsweise gehen von Hagen in diesen Tagen Transporte von insgesamt tausend Personen nach Brasilien ab. Bezeichnend ist, daß die Auswanderer aus dem Ruhrbergbau, wo rasant die Schachanlagen auf unabsehbare Zeit stillgelegt worden sind, einen erheblichen Prozentsatz ausmachen.

Das „Sochumer Volksblatt“ ist von dem zuständigen Kommandanten ungeduldig wegen eines Verstoßes gegen die Verordnung über Versammlungen usw. vom 27. bis einschließend 30. Januar verboten worden, trotzdem die Redaktion den Nachweis führen kann, daß sie bei der Veröffentlichung eines in Frage kommenden Versammlungszweckes vorschriftsmäßig gehandelt hat. Auch die „Duisburger Volksstimme“, die erst im Verlauf der letzten Wochen zweimal verboten wurde, ist jetzt erneut bis zum 18. April verboten worden. Ein Grund für dieses mehr als 2½ Monate umfassende Verbot wurde nicht angeführt.

Rechtsverurteilung. Wegen der Angriffe, die Camélot du Roi auf die Abg. Roulet, Viollette und Marc Sangnier verübt hatten, waren die Urheber dieser Angriffe, unter ihnen Charles Maurras, der mit Jean Daudet die „Action française“ leitet, zu vier Monaten Gefängnis verurteilt worden. Maurras hatte dagegen Berufung eingelegt. Das Berufungsgericht hat jedoch gestern seine Strafe auf acht Monate Gefängnis erhöht. Beispielsweise sind die Strafen der Täter selbst, mit Ausnahme eines von ihnen, erhöht worden.

Gewerkschaftsbewegung

Kampf im Berliner Verkehrswesen.

Scharfmacherei im Hochbahn- und Omnibusbetrieb.

Bei dem großen Mißbrauch der Unternehmer, durch gründliche Verschlechterung der Arbeitsbedingungen, Verlängerung der Arbeitszeit und Verkürzung des Lohnes, ihre Profite erheblich zu mehren, wollen die Unternehmer des Verkehrsgewerbes den Anschlag nicht verpassen. Seit Wochen müssen die Angestellten, insbesondere im Hochbahn- und Omnibusbetriebe, sich gegen die Beseitigung des Achtstundentages, gegen Lohn- und Urlaubskürzung wehren.

Die Hochbahndirektion stellte den Antrag, Ueberstunden, sowie die Sonntags- und Nachtschläge nicht mehr zu bezahlen und den Urlaub um acht Tage zu kürzen. Die Löhne, gestaffelt nach dem Lebensalter, sollen zwar bestehen bleiben, jedoch sollen die Spitzenlöhne erst nach 10 Dienstjahren, auch im technischen Personal, erreicht werden.

Nach zweitägiger Verhandlung kam, vorbehaltlich der Zustimmung der Belegschaft, ein Ergebnis zustande, wonach der Urlaub in der Spitze 14 Tage (bisher 20) betragen soll. Die erste Ueberstunde soll ohne Aufschlag bezahlt werden, jede weitere mit einem Aufschlag von 25 Proz. (bisher 33 1/2 Proz.). Im Lohn soll der Handwerker nach vierjähriger Tätigkeit und über 24 Jahre alt 49 Pf. (bisher 53), der angelernte Arbeiter 45 Pf. (bisher 48), der ungelernete Arbeiter 42 Pf. (bisher 45) für die Stunde erhalten. Die Frauen- und Kinderzulagen sollen je 3 Pf. betragen.

Die Gehälter des Verkehrspersonals in feste Monatsgehälter umzuwandeln und anknüpfend an die Friedenslöhne heranzubringen, wurde abgelehnt; die Löhne sollen nur umgerechnet werden. Dieses Ergebnis lehnten die Funktionäre und in einer Urabstimmung das gesamte Personal der Hochbahn ab. Das vereinbarte Schiedsgericht richtete sich wahrscheinlich nach den Richtlinien des Finanzministers Luther, denn es fällt einen Spruch, der das Ergebnis der Verhandlung bestätigt. Dieser einseitig gefällte Spruch liegt, nachdem sich auch die Verhandlung beim Demobilisationskommissar zerlegt hat, demselben zur Verbindlichkeitsklärung vor.

Die Arbeitnehmererschaft der Hochbahn ist nicht gewillt, sich den Spruch aufzwingen zu lassen; sie wird sich zur gegebenen Zeit gegen die Verschlechterung ihrer Arbeitsbedingungen zur Wehr setzen.

Der Vorstand der Berliner Omnibus-Gesellschaft geht ebenfalls schneidig vor. Diese Herren lehnen sich über die Verhandlung über das Arbeitszeitgesetz einfach hinweg. Sie wollen die benötigten Dienstleistungen, um die Wagen nach und von den Endstationen zum Betriebsbahnhof zu bringen, in die Dienstzeit nicht einrechnen. Das bedeutet, durchweg und darüber hinaus in vielen Fällen den 10-Stunden-Arbeitsstag einführen.

Bekanntlich liegen die eigentlichen Abgangsstationen von dem Betriebsbahnhof bis 20 Minuten Fahrzeit entfernt. Diese Wege müssen Abgänger und Abfahler zu Fuß machen, wozu das Personal 30 bis 40 Minuten benötigt. Ferner hat die Omnibusgesellschaft mehrere Höfe während des Krieges geschlossen; z. B. Weihenhof, Köpenicker Straße, Neufeld. Für den g. ritten Autobetrieb ist jetzt nur noch ein Hof im hohen Norden, Jasowander Straße, im Betrieb. Die Wohnungen der Bediensteten befinden sich aber zum größten Teil heute noch infolge des Wohnungsmangels in der Nähe der geschlossenen Höfe, wie es vor 1914 verlanzt wurde. Bei Einführung der reinen achtstündigen Arbeitszeit würden die Mißstände, wie sie vor dem Kriege bestanden, mit einem Schläge wieder aufleben. Der Bedienstete wäre 12 bis 14 Stunden von seiner Familie weg. Die Bediensteten haben keine Lust, diese Mißstände wieder einrichten zu lassen.

Allein der Vorstand der Omnibusgesellschaft versüßte einfach, daß für die Aufsichtsberechtigten ab 21. Januar, für das gewerbliche Personal ab 20. Januar 1924 die zehnstündige Arbeitszeit bei den bisherigen Löhnen eingeführt wird. Im Frieden bezog der Fahrer immerhin noch einen Existenzlohn von 208 M.; heute würde er in der Spitze im Monat 125 M. beziehen. Dazu kommt, daß die Aufsichtsberechtigten bis 1914 sich um die Fahrzeiten kümmerten, die weit länger waren als heute; daß genügende Ruhepausen an den Endstationen waren, daß die Belegung der Wagen vorchristlich war und auch die Straßen sich in gutem fahrbaren Zustand befanden. Anscheinend haben wir keine Aufsichtsbehörden mehr.

Die Fahrzeiten sind viel kürzer, anscheinend nach freiem Ermessen der Direktion festgesetzt, halbzehn bis vier Minuten, die durch die ungenügende Befahrung und den schlechten Straßenzustand doppelt zugegeben werden. So jagt jetzt schon der Fahrer von einem Ende zum anderen, ohne bei der bereits bestehenden 9- bis 9 1/2-stündigen Arbeitszeit zur Ruhe zu kommen; denn die achtstündige Arbeitszeit hat noch nie im Omnibusbetrieb bestanden. Ebenso geht es den Schaffnern. Das heißt Raubbau mit der menschlichen Arbeitskraft treiben, der nach dem Willen der Direktion außerdem noch durch erhöhte Arbeitsleistung intensiver gestaltet werden soll. Der § 6 der Verordnung über das Arbeitszeitgesetz, wonach der Arbeitgeber nicht das Recht hat, einseitig eine Abweichung vom gesetzlichen Achtstundentag seinen Arbeitnehmern vorzuschreiben, scheint für die Direktion nicht zu bestehen.

Hoffen wir, daß die im § 6 vorgezeichneten Aufsichtsinstanzen, wenn die Verordnung überhaupt einen Sinn haben soll, den Mut finden werden, die Omnibusgesellschaft in die Schranken des Gesetzes zu verweisen.

Schiedspruch in der Metallindustrie.

In einer AFA-Metallartell-Funktionärkonferenz, die am Sonntag in der Brauerei Köpenick stattfand, berichtete Rothe über die am Sonnabend gepflogenen Verhandlungen vor dem Schlichter zur Festsetzung des Januargehalts.

Nachdem Vorverhandlungen von Partei zu Partei zu keinem Erfolg geführt hatten, wurde der amtlich bestellte Schlichter Wiffell mit der Regelung der Differenz beauftragt. Zu den Sonnabendverhandlungen sandte der BBR keine Vertreter; er teilte nur schriftlich mit, daß mit dem Gebot (Christliche Angestelltenorganisation) bereits ein Abkommen abgeschlossen sei (!), über dessen Bestimmungen hinsichtlich der Gehaltshöhe nicht hinausgegangen werden könne. Wiffell setzte aber durch Hinzuziehung der Herren Köth und Kost als Arbeitsgeberbeisitzer in Gemeinschaft mit den anwesenden Arbeitnehmerbeisitzern dennoch ein Schiedsgericht zusammen. In der Besprechung protestierten die AFA-Vertreter energisch gegen das Vorgehen des Gebots, wobei sie besonders die im Gebot-Abkommen festgesetzte Arbeitszeitverlängerung bekämpften, mit dem Hinweis auf die bereits bestehenden Tarifbestimmungen, die unter gewissen Umständen durchaus eine Verlängerung der Arbeitszeit zulassen. Ferner wurde das vom BBR, aus der Arbeitszeitverordnung hernehlende Tarifänderungsrecht bestritten. Einer

vom Schlichter selbst ausgehenden Anregung, gleichzeitig auch über die Gehaltsregelung für Februar zu verhandeln, begegneten die Vertreter der AFA-Verbände mit dem Einwand, daß sie dazu keinen Auftrag hätten.

Der gefällte Schiedspruch sieht eine Verlängerung der Arbeitszeit ab 6. Februar dergestalt vor, daß die wöchentliche Arbeitszeit 54 Stunden nicht überschreiten darf. Grundsätzlich ist der achtstündige Arbeitstag anerkannt. Ueber die Bezahlung der Ueberstunden muß mit den Angestelltenräten eine Einigung erzielt werden. Das Februargehalt wird ebenso wie das Januargehalt auf der Grundlage des Gebot-Abkommens mit einem Anfangsgehalt von 75 M. plus der Steigerung des BBR, festgesetzt. Rothe bezeichnete den Schiedspruch besonders hinsichtlich der Gehälter als ungenügend. Das verräterische Treiben des Gebots

Öffentliche Protest-Versammlung

am Freitag, den 1. Februar, abends 7 1/2 Uhr, im gr. Saal der Brauerei Köpenick, Schönhauser Allee 10/11 Tagesordnung:

Gegen den Ausnahmezustand, gegen die Schutzhaftschande in Sachsen und Thüringen.

Referenten: Die Reichstagsabgeordneten Crispian u. Rechtsanwalt Dr. Kurt Rosenfeld. Der Bezirksvorstand.

habe eine solche ungenügende Bezahlung der untersten Gruppe zur Folge gehabt. Das müßte den „Christen“ in den Betrieben mit aller Deutlichkeit zu Gemüte geführt werden. Gegen die Verlängerung der Arbeitszeit ist schärfster Protest am Platze. Trotzdem muß anerkannt werden, daß der Schiedspruch eine Verbesserung gegenüber dem Nachwort der Gebot darstellt, da dieser Verband die Angestelltenvertretungen ganz ausschaltete und der Bezahlung der Ueberstunden durch Pauschalbeiträge zustimmte, wodurch der Willkür Tür und Tor geöffnet worden wäre. In materieller Beziehung nichts, in ideeller Hinsicht einige Verbesserungen, sei das Signum des Spruches, schloß Rothe seine Ausführungen.

In der Diskussion berichtete ein Redner über eine Gebot-Versammlung. Die dort zutroce getretene geistige Einstellung der Referenten und der Debattierenden siehe den Bericht des Gebot verständlich erscheinen. — Das Für und Wider des Schiedspruchs wurde von anderen Versammlungsteilnehmern kritisch erwogen, wobei besonders gegen die Arbeitszeitverlängerung Protest laut wurde. — Im Schlusswort erwähnte Rothe die Anwesenden, dafür zu sorgen, daß vor dem Inkrafttreten des Schiedspruches unter keinen Umständen länger als acht Stunden gearbeitet wird.

Die Abstimmung ergab die Annahme des Schiedspruches.

Rundgebung gegen die Nachtarbeit.

Die geistige Abendausgabe des „Vorwärts“ enthält eine Notiz über die Rundgebung der Berliner Bäcker, in welcher die unterzeichnete Organisation als Haupteinberuferin einer Versammlung mit den Bäckermeisterorganisationen sowie den übrigen Gewerkschaften, darunter auch der gelbe Bund der Bäcker, genannt ist. Die unterzeichnete Organisation erklärt ausdrücklich, daß die Einberufung dieser Rundgebung von der Bäckerinnung ausgeht.

Wir waren zu derselben von den Arbeitgebern geladen, haben jedoch unsere Mitwirkung dabei aus dem Grunde abgelehnt, weil der gelbe Bund der Bäcker dabei mitwirkt. Wir haben auch ausdrücklich unseren Namen nicht unter diese Rundgebung gesetzt. Bismehr ist dies widerrechtlich von der Bäckerinnung geschehen. Wir haben am heutigen Tage gegen den Mißbrauch unseres Organisationsnamens in Verbindung mit der gelben Gesellschaft die schärfste Verwahrung eingelegt.

Ausdrücklich wollen wir erklären, daß unsere sachliche Stellungnahme mit dem entschiedensten Protest und Widerstand gegen die Wiedereröffnung der Nachtarbeit mit dem der Arbeitgeber übereinstimmt. Unsere Stellungnahme ist wiederholt öffentlich zum Ausdruck gekommen. Sie richtet sich nicht gegen die Konsumgenossenschaften, wie in dem Artikel behauptet wird, sondern ist von der Sorge um das Wohl unserer Gewerkschaftsmitglieder, denen die Nachtarbeit in der früheren Form wieder aufgeschafft werden soll, diktiert.

Zentralverband der Bäcker und Konditoren. Heßhold.

Arbeitslosenversammlung der Buchdrucker.

Kommunistisches Kesseltreiben.

Am Freitagabend um 1 Uhr begann im Gewerkschaftshaus eine Versammlung der arbeitslosen Buchdrucker. Der Gauvorsitzende Braun referierte und ging zunächst auf die gelbe Gründung des bisher ultraradikalen kommunistischen Erwerbslosenrats BBR ein. Ein Mitglied dieser Gesellschaft hatte sich in die Versammlung eingeschlichen. Unter großer Unruhe wurde der Gelbe hinausgebracht. Braun erklärte: Wer von unseren Kollegen Mitglied der gelben Berufsgruppe ist, wird sofort ausgeschlossen. — Ich weiß, viele sind unter Ihnen, die mit den Dingen unzufrieden sind. Aber für Euch haben wir im Gauvorstand getan, was wir nur tun konnten. Ihr müßt mehr Vertrauen zu unserem guten Willen haben. — Es hat endlich den Anschein, daß die Wirtschaftskrise zurückgeht. (Unruhe.) Wir haben eine Senkung der Arbeitslosenziffer festzustellen. Aber ein schwerer Kampf mit den Unternehmern steht uns noch bevor. Darüber müssen wir uns klar sein. Verlorene Positionen müssen wiedergewonnen werden. (Beifall.)

Die Diskussion war mehr als lebhaft. Während alle kommunistischen Redner ungehindert sprechen konnten, setzte ein halbes und höhnlisches Geschwätz ein, wenn ein Redner der anderen Richtung das Wort ergriff. Kaum konnten sie sich durchsetzen. Das nennen die Kesseltreiber: Einheitsfront. Nur Kritik, keine positiven Vorschläge. Sie hemängeln alles, was die Anstrebenden angeht, wissen jedoch selber keinen besseren Weg. In äußerst häßlicher Weise wurde der Fraktionsvorsitzende der SPD, Buchdrucker angegriffen. Sein Aufruf im Mittwochabend „Vorwärts“ hatte es den Quertreibern besonders angetan. Als er sich — auf Verlangen der gesamten Versammlung — verteidigen wollte, setzte ein Gebrüll ein, daß er darauf verzichtete, auch nur noch ein Wort zu reden. Beantwortet wurde, den Kollegen Hermann wegen seines Artikels im „Vorwärts“ aus dem Verbands auszuschießen. Dann wurde folgende Resolution verlesen: „Die am 25. Januar vom Gauvorstand einderungen und zahlreich

befuchte Erwerbslosenversammlung der Berliner Buchdrucker erwartete vom Gauvorstand, daß er die arbeitenden Kollegen auffordere, nach acht Stunden Arbeit den Betrieb zu verlassen, um dadurch zu bewirken, daß arbeitslose Kollegen eingestellt werden und der Arbeitslosennachweis entfällt wird.“ Zur Abstimmung kam es nicht mehr. Die Zeit war inzwischen bis 1/2 Uhr vorgeschritten, weshalb ein Veräußerungsantrag angenommen wurde.

Vorsicht bei Auswanderung.

Die große Arbeitslosigkeit im Reich verleiht viele Arbeit suchende zur Auswanderung. Als ein Land, wo deutsche Arbeiter leicht lohnende Arbeit erhalten können, wird vielfach die Türkei angesehen. Demgegenüber muß betont werden, daß die wirtschaftlichen Verhältnisse in der Türkei keineswegs zurzeit so liegen, daß deutsche Arbeiter dort ohne weiteres Arbeit finden. Im Gegenteil muß vor einem Arbeiterzuzug nach der Türkei auf das dringendste gewarnt werden, da die Auswandernden in den meisten Fällen nur der Arbeitslosigkeit und somit dem größten Elend preisgegeben sind.

Ebenso sollten sich deutsche Arbeitslose ohne sicheren Arbeitsvertrag auch nicht nach Oesterreich, Ungarn oder Rumänien begeben, wo infolge der störenden wirtschaftlichen Verhältnisse sowie eine empfindliche Arbeitslosigkeit herrscht. Auf jeden Fall seien aber Auswanderungslustige auf das nachdrücklichste davor gewarnt, ohne gültige Reisepässe in das Ausland zu reisen.

Für organisierte Arbeiter und Angestellte muß als selbstverständlich gelten, sich durch Vermittlung ihres Verbandes über die Verhältnisse im Einwanderungslande vorher zu erkundigen.

Einigung in der chemischen Industrie. Die seit dem 12. Dezember schwedenden Lohndifferenzen zwischen dem Arbeitgeberverband der chemischen Industrie und dem Fabrikarbeiterverband, zahlstellige Grob-Berlin (Chemiefabrik), haben nach langwierigen Verhandlungen zu einer Regelung der Löhne bis zum 20. Januar geführt. Näheres im Bureau der Fabrikarbeiter, Engelauer 24 25.

Achtung, Kupferschmelze! Auch unsere Fachorganisation soll jetzt, wenn es nach den Köpfen einiger Phantasten geht, nach den Richtlinien der Münzstrafe „revolutioniert“ werden. Sie soll, wie es in einem Schreiben der „Opposition“ an andere Ortsverwaltungen im Reich heißt, der Grundstein zu einer revolutionären Industrieorganisation der Metallarbeiter werden. Diese Einstellung zeigt so recht die geistige Verfallung derjenigen Personen, die sich anmaßen, eine Gewerkschaft, die als Fachorganisation ein Beispiel innerer Geschlossenheit darstellt, zu zerstören.

Wie die Mehrheit der Berliner Kollegen tatsächlich denkt, ist jetzt durch die Reumacht der Ortsverwaltung durch Wahl festgestellt worden. Die Opposition hat sich überhaupt nicht an der Wahl beteiligt. Aber auch ohne dies hat sich deutlich gezeigt, daß der Anhang der „oppositionellen“ Gruppe nur einen verschwindend kleinen Bruchteil der Gesamtmitgliedschaft darstellt.

Die jetzt in unserer Organisation eingetretene Klärung und Scheidung gibt uns die Möglichkeit, uns zu konsolidieren, in unseren Mitgliedsversammlungen wieder praktische Arbeit zu leisten. Das Bewußtsein, mit innerer Geschlossenheit, mit einheitlichem Willen nach einem einheitlichen Ziel zu streben, schafft die Grundlagen positiver Gewerkschaftsarbeit im Interesse der Kollegen, zum Beistand der Gesamtorganisation.

Darum, Kollegen, sorgt für zahlreichen Besuch unserer nächsten Mitgliedsversammlung am Mittwoch, den 30. Januar.

Die Schultheiß-Bahnhöfer Brauerei M. G. teilt uns auf Wunsch des Vereins der Brauereien Berlins und der Umgegend mit Bezug auf die mehrfachen „Terrorismus“-Notizen berichtet mit, daß die Angelegenheit beim Schiedsgericht wegen der Unterfertigung, welche wir unseren Arbeitern und Angestellten durch die Gratifizierung von Lebensmitteln in der Zeit der Geldentwertung zugewendet haben, von dem Verein der Brauereien Berlins und der Umgegend gegen uns erstatet worden ist, und daß der Antrag hierauf bei dem genannten Verein von mehreren Berliner Brauereien gestellt worden ist, denen sich die Engelhardt-Brauerei erst später angeschlossen hat.

Im Saarbrücker Buchdruckerstreik hat der Schlichtungsausschuß einen Schiedspruch gefällt, nach dem die Arbeit heute wieder aufgenommen und über die strittigen Fragen verhandelt werden soll. Dieser Schiedspruch ist von den Buchdruckern abgelehnt worden. Der Streik geht weiter. Es handelt sich in erster Linie um den Grundtag des Achtstundentages.

Betriebsrätelehre.

Heute abend 8 Uhr beginnt im Besatz des Belegens, Schöneberg, ein Kursus unter Führung von Genossen Dr. Gertrud Schönemann über die Einwirkung des deutschen Wirtschaftslebens im letzten Jahrhundert. Anmeldung Zimmer 88.

BRB-Jahresfeier der drei Ober-Bezirke, Köpenick und H. Am Mittwoch, den 3. Januar, abends 7 Uhr, findet im Lokal von Neumann, Schöneberg, die Jahresfeier, eine Versammlung statt. Die Kommissionsmitglieder sowie Gewerkschaftsmitglieder und Angestellte werden dringend gebeten, zu erscheinen. Pflicht jedes Kollegen ist es, zu erscheinen und mit uns sympathisierenden Kollegen mitzubringen. Verbands- und Parteimitgliedschaft legitimieren. Der Verbandsführer.

Angestellte, Werkmeister und Techniker in der Textilindustrie. Heute abend 7 1/2 Uhr öffentliche Versammlung in den Mühlentwägen, Köpenick, Köpenick-Str. 11, Sonnabend und Arbeitszeitverlängerung. Vollständiges Erscheinen wird erwartet. A. B. S.

Deutscher Holzarbeiter-Verband. Musikinstrumentenarbeiter. Morgen, Mittwoch, mittags 1 Uhr, Versammlung der Aussperrten der Branche im Lokal zum Schützeng. Holzstraße 23A. Entlassungsbestimmungen sind mitzubringen.

Kupferkesseltreiber. Morgen, Mittwoch, abend 7 Uhr, Mitgliedsversammlung im Saal 1 des Gewerkschaftshauses.

Verantwortlich für Politik: Ernst Reuter; Wirtschaft: J. B. Ernst Reuter; Gewerkschaftsbewegung: A. Köpcke; Revolution: R. A. Köpcke; Politik und Genossenschaft: Fritz Köpcke; Anzeigen: Th. Köpcke; sämtlich in Berlin. Verlag: Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Vorwärts-Buchdrucker und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW. 9., Lindenstraße 2, Strasse 1, Köpenick.

Koch & Seeland
tonangebend in der Mode
Nr. elegante Damen- und Herren-Bekleidung
Curlery, Galanterie, Velours, es lisse Meter 6.- 8.- 10.-
Sternstraßenstr. 20/21 Segn. 1893

WELTBEKANNTE
BATSCHARI
QUALITÄTSMARKEN
Fiat
White Star
Eden

Ist das Mutterschutz?

Vor kurzem wurde eine Hausangestellte wegen Kindes-tötung verurteilt. Der Sachverhalt war kurz folgender: Die Angeklagte hatte sich in ihrer Heimat in einen jungen Schlächter verliebt und war, als sie sich Mutter fühlte aus Scham nach Berlin gefahren, wo sie Stellung bei einer wohlhabenden Hausfrau fand, die sie bis zum Tode vor ihrer Entbindung im Hause behielt.

Das Gericht erkannte auf die hohe Strafe von 2 1/2 Jahren Gefängnis und verweigerte der Angeklagten sogar mildernde Umstände, weil nach seiner Ansicht die Angeklagte zuerst sich an eine Mutterschutzstelle oder an die Dienstherrin hätte wenden können.

Über ganz typisch und alltäglich ist das Schicksal dieser jungen Mutter: der Verführer verspricht ihr die Ehe, dann löst er sie im Stich, um sie schließlich in gemeiner Weise zu verächtigen und zu bedrohen; eine gutwillige Frau nimmt sie zwar in Schutz, vermag ihr aber aus Unkenntnis nicht den Weg zum Vormundschaftsgericht zu weisen; in der geburtsärztlichen Klinik wird sie nach allen Regeln der hohen ärztlichen Kunst — womöglich mittels einer Narkose — und höchst erfolgreich ausgeführten Operation — entbunden und gepflegt; und dann wird sie — entlassen: ohne Mittel, ohne sicheres Ziel, ohne irgendeine Gewähr für eine gesicherte Unter- und höchst erfolgreich ausgeführten Operation — entbunden und gepflegt; und dann wird sie — entlassen: ohne Mittel, ohne sicheres Ziel, ohne irgendeine Gewähr für eine gesicherte Unter-

Das Gebäude unserer öffentlichen Jugendfürsorge ist nicht zu erlösen; es fehlt ihm aber vor allem das Fundament: vieles ist auf feste gestellt, aber immer erst von einem Augenblicke an, der eben oft das Kind zu spät (oder gar nicht mehr) zu erfassen gestattet; die Fürsorge muß spätestens am Tage nach der Geburt einsehen, am besten und sichersten schon während der Schwangerschaft.

Daß eine unter den heutigen Verhältnissen recht befriedigende Lösung der Frage möglich ist, zeigt die Schwangerenfürsorgestelle im 17. Bezirk Berlin-Lichtenberg, die seit fast vier Jahren besteht und durch die bisher weit über 3000 Schwangeren hindurchgegangen sind; der Mehrzahl dieser hat die Fürsorgestelle mit Rat und Tat beigegeben, Hunderten von ledigen Müttern aus bitterer Not geholfen und zweifellos vielen Kindern die Erhaltung des Lebens ermöglicht und oft überhaupt erst gewonnen.

Gegen Lebensmittelvertrieb durch Reichswehr.

Aus unserem Bericht über die letzte Stadtverordnetenversammlung wissen unsere Leser, daß der Reichslandbund durch Vermittlung der Reichswehr die Bevölkerung Berlins mit Lebensmitteln versorgen will. Der Magistrat hält dieses unter dem Titel „Notversorgung“ ausgefallene Projekt für unterstützenswert und will es dadurch fördern, daß er Bureau und Verkaufsräume unentgeltlich hergibt und auch eine Bürgschaft bis zu 500 000 Goldmark übernimmt.

Gegen diesen Plan wandten sich auch die Vorstände des Landesverbandes Berlin-Brandenburg des Deutschen Nahrungsmittelgroßhandels und des Verbandes Berliner Kaufleute der Kolonialwarenbranche in einer Konferenz, die sie für die Vertreter der Presse organisierten, um ihnen ihre Stellungnahme mitzuteilen. Daß die Organisationen des Nahrungsmittelhandels die geplante „Notversorgung“ nicht mit Beifall begrüßen würden, konnte man ohnedies wissen. Aber auch das weiß man, daß diese

Kreise das Unternehmen aus ganz anderen Gründen ablehnen, als die Linke der Stadtverordnetenversammlung. Die Händler sehen bereits das Gefährnis der Kriegswirtschaft, zu der man mit der „Notversorgung“ zurückkehren wolle. Die sozialdemokratische Stadtverordnetenfraktion hat sich gegen das Projekt ausgesprochen, weil sie dem von den Agrariern kommenden „Geschenk“ nicht traut. Unser Redner in der Stadtverordnetenversammlung äußerte die Vermutung, daß die Agrarier fürchten, mit ihren angesammelten Lebensmitteln sitzen zu bleiben, und daß sie nun das Wehrkommando III vor ihren Karren spannen. Ob übrigens in der von den Vorständen der Händlerorganisationen veranstalteten Konferenz die Vertreter des Handels über die Vorgänge in der Stadtverordnetenversammlung ganz genau unterrichtet waren, blieb zweifelhaft.

Sozialdemokratische Studentenvereinigung

Deutschnationale Versammlung Mittwoch, 30. Januar, abends 8 Uhr, in der Aula des Fran-Oßischen Gymnasiums, Reichstags-Über. Vortrag des Schriftstellers Heinrich Stöckel über: Deutschlands Krise und die deutsche Sozialdemokratie. Der Bezirksvorstand der SPD, Berlin.

Nicht Mord, sondern Totschlag.

Das Urteil gegen Goldbach-Jahnte.

In dem Mordprozeß Goldbach-Jahnte erklärte das Gericht die beiden Angeklagten des Totschlagsversuchs schuldig und erkannte auf vier Jahre Zuchthaus gegen Goldbach und sechs Jahr Zuchthaus gegen Jahnte, als Zusatzstrafen zu den drei Jahren Zuchthaus, die jeder von ihnen für unbefugtes Waffentragen bereits neben dem Todesurteil vom Schwurgericht erhalten haben. Das Urteil gegen Goldbach und Jahnte ist sofort mit der Verkündung rechtskräftig. Es ist gefällt von der Strafkammer laut Verordnung des Justizministers Emminger vom 17. Dezember v. J. im beschleunigten Verfahren — ohne Voruntersuchung, Eröffnungsverfahren, Anklageschrift — als erste und letzte Instanz.

Die den Angeklagten zur Last gelegten Handlungen sind bereits Gegenstand der Auseinandersetzung vor den Geschworenen gewesen und haben damals mit zum Todesurteil beigetragen. Deshalb diese Fälle auch damals nicht zur Aburteilung gelangt sind, obgleich sie spruchreif waren, bleibt das Geheimnis der Staatsanwaltschaft. Ebenso wie der Umstand, daß sie gerade vor die außerordentliche Strafkammer gebracht worden sind, gegen die es keine Rechtsmittel gibt, und ausgerechnet am 28. Januar, wo die Strafkammer bereits am 31. Januar zu existieren aufhören. Damit ist die Staatsanwaltschaft sogar über Emminger hinausgegangen. Sie hatte selbstständig nicht Verbrechen im Auge, die bereits zwei Jahre zurückliegen. Das ist die eine Seite der Frage. Die andere betrifft das psychiatrische Gutachten. In der Schwurgerichtsverhandlung — ob durch die Schuld der Prozeßführung oder der Verteidigung ist dahingestellt — blieben hinter der Wucht der Unfälle die Persönlichkeiten in ihrer physischen Konstitution und als soziales Produkt im Dunkeln. Dieses Mal wurden sie in die richtige Beleuchtung gerückt. Der Kampf konzentrierte sich um die Frage der Verantwortlichkeit im Sinne des § 51. Ruhte der Paragraph angewandt werden, so hätte seitens der Strafkammer ein Freispruch erfolgen müssen, und wäre auch der Geschworenenanspruch um so ansehbarer geworden. Die Gerichtsärzte Dr. Thiele und Dr. Goldschmidt sprachen sich für eine geistige Minderwertigkeit aus. Dr. Justusburger und Dr. Binner bezweifelten die Zurechnungsfähigkeit. Das Gericht ist den Ausführungen der letzteren nicht gefolgt. Zu verstehen ist aber die psychopathische Persönlichkeit und die Tat der Angeklagten nur aus den sozialen Umständen heraus. Beide Angeklagten, Freunde, die miteinander durch die und dünn gingen, vollführten

zusammen ihr erstes Verbrechen, 17-jährig, vertun gemeinsam das Geld in Dienen in Alkohol und Kokain. Beide setzen trag gewährten Strafausschubs ihr lüderliches Leben fort, kommen in die Fürsorgeanstalt; der eine brennt nach zwei Tagen durch, der andere ist schon über 18 Jahre alt und kann nicht mehr hin. Goldbach ist Sohn eines am Suff moralisch und physisch zugrunde gegangenen tuberkulösen Gutsvormalers. Seine Geschwister tuberkulös, ein Bruder vorübergehend geisteskrank. Jahnte ist uneheliches Kind einer Frau, die sich ins Wasser gestürzt hatte aus Verzweiflung, daß der Vater des zukünftigen Kindes sie verlassen hat. Unter Entbehrungen hat sie den Sohn, so gut sie konnte, großgezogen. Beide Angeklagten sind groß geworden zu einer Zeit, wo menschliches Leben nichts wert, Umgang mit Wassen eine Selbstverständlichkeit war, schon als Kinder im Schießgewehrgebrauch sich übend, beeinflusst von der Schundliteratur, mit ihren Gehirnen voll phantastischer Projekte geplanter Verisofabriken. So verwandeln sie Berlin in Wüsten. Lästet in der Arbeit, schließend arbeitssüchtig, gehemmt in ihrer geistigen Entwicklung, stupide, sind sie ebenso wenig in der Lage, die Folgen ihrer Handlung zu erfassen wie auch die ganze Tragweite des Richterpruches. Die am Abend ihrer Tat zu sich genommenen ungeheuren Mengen Alkohol mußten bei diesen Psychopathen, die Alkohol schlecht vertrugen, alle Hemmungen lösen. So erklärt sich ihre Schizophrenie.

Opfer unserer Zeit, und doch beide gemeingefährlich im höchsten Grade, vielleicht aber noch einer verständigen Erziehung zugänglich. Daß sie hollert werden mußten, unterliegt keinem Zweifel, ob sie aber das Zuchthaus gebessert verlassen werden, ist eine Frage, die man leicht mit einem „Nein“ beantworten kann.

Kaisergeburtstagsfeier oder Kaiserkrönungsfeier.

Am Sonntagmittag zogen, wie uns berichtet wird, bunt aufgestaffelte Studentendemonstrationen über die Linden in die Neue Aula der Universität. Besonders interessant war, daß der Rektor der Universität, Gustav Rothe, angetan mit Mantel und Kette, den Reigen des Rektors, sich durch ein Auto von der Universität zur Neuen Aula bringen ließ, um der Feier durch seine Anwesenheit offiziellen Charakter zu geben. Es handelt sich nach der deutsch-nationalen Presse um eine Reichsgründungsfeier des Akademischen Turnbundes Berlin, in der Universitätsprofessor Dr. Häbner die „Erweckung des Wehrgeistes und Ehrgeistes zur Erneuerung des gestörten deutschen Staatsbaues“ forderte. Es wird aber schon so sein, daß man Reichsgründungsfeier sagt und Kaiserkrönungsfeier meint und auch, da sowieso der 27. Januar war, stillschweigend gleich den Geburtstag Wilhelms II. mißversteht. Übrigens scheint es an diesem Tage auch der ehemalige Kronprinz in Dels nicht ausgeholfen zu haben, denn er feierte in Potsdam mit seinen Brüdern und dem Herrn Feldmarschall v. Hindenburg — der alle Herr in seiner gestickten Galauniform — den Geburtstag seines Vaters.

Ein reaktionäres Bezirksamt.

Mit Rabeschnipolitz, mit Schlanen in Kleinigkeiten glaube man früher zu Wilhelms seligen Zeiten die auffreigende Arbeiterbewegung niederhalten zu können. Das Verweigern von Räumen, Turnhallen, die Erschwerung jeder kulturellen Arbeit, war früher an der Tagesordnung. Man sollte meinen, daß dieser Geist wenigstens in Berlin jetzt überwunden sei. In Schöneberg scheint allerdings von neuem Geist noch nichts zu spüren zu sein. In allen Berliner Bezirken wird der Arbeitsgemeinschaft der Kinderfreunde ruhig die Benutzung von Schulräumen gestattet. In Schöneberg findet man das nicht für nötig. Das reaktionäre Verhalten des Bezirksamtes kam in der letzten Bezirksversammlung zur Sprache. Trotz des eingehend begründeten Protestes unserer Genossen blieben die bürgerlichen Parteien dabei, das willkürliche Vorgehen des Bezirksamtes zu unterstützen. Eine öffentliche Versammlung, die heute, Dienstag abend, in der Schule, Pelziger Straße Ecke Eisenacher Straße, stattfindet, soll zu diesem Besonderen Stellung nehmen. Sie wird auch den bürgerlichen Parteien zeigen, daß ihre kleinliche Politik auch in Schöneberg unsere Bewegung nicht hemmen kann.

Weitragabbau bei den Krankenkassen.

Zu der uns aus Krankenkassenkreisen gemachten Mitteilung (in Nr. 42) über die Sanierung der Ortskrankenkassen schickt uns noch der Betriebsrat der Allgemeinen Ortskrankenkasse Charlottenburg eine Zuschrift, in der er ausführlich: Daß die Allgemeinen Ortskrankenkassen, sobald die Geld-

(Kohldruck durch Wall-Verlag, Berlin.)

Der Bürger.

Von Leonhard Frank.

Unterdessen trat beim Schalter ein Pelerinentänzer von einem Fuße auf den anderen, rastlos wie ein Mensch, der ein natürliches Bedürfnis befehlshalber meistern muß, und beobachtete, wie Herr Hohmeier das Taschentuch erst mit einem großen Hauchschlüssel, dann mit dem Löffelblattbügel beschwerte. Und als er endlich nach der Adresse seines Freundes fragen konnte, erfuhr er, daß die Polizei selbst schon lange nach diesem Kunstmal Ferdinand Wiedersehen sah.

„Wir haben herausbekommen, daß dieser Maler seit vielen Wochen jede Nacht in einem anderen Bett schläft. In dem er nämlich jeden Morgen sein handtäschchen wieder mitnimmt und sich, wenn die Schlafenszeit herannahet, ein neues Unterkommen sucht für die Nacht... Der meldet sich nicht einmal an bei uns.“

Der Diener einleitete den Neun-Uhr-Kohleneimer in den alten eisernen Füllosen, auf dem Eva, schon rotglühend, Adam den rotglühenden Apfel reichte. Des Künstlers Gesicht knallte durch das Bureau.

„Da gibt es aber nichts zu lachen. Das ist eine ernste Sache. Wenns alle so machten, wärs eine Unordnung hätten wir dann hier.“ Herr Hohmeier redete noch vor sich hin, als er schon dabei war, das Taschentuch schneuzfertig über die gespreizten Finger zu hängen, wie ein Zaubertrickler, der fragt: „Wohin soll ich das Goldstück verschwinden lassen?“

Während der Besperstunde sammelten sich viele Leute in dem dunklen Wartezimmer an. Die Beamten sahen ruhig weiter, ungestört vom Leben, das nur bis zum Schalterfenster herantam.

Die Ungeübten hüstelten, scharrten mit den Füßen, klopfen endlich an das Schieberfenster. Der ganze Schalterraum stand voll Menschen.

Und als die Uhr Viertel elf schlug und Herr Hohmeier zum Schalter trat, stellte es sich heraus, daß einige wieder gegangen waren, und die geliebten neun Auskunftssuchen den unter Buchstaben C bis G fielen und somit Herrn Hohmeier unterstanden.

Der fragte freundlich, wer zuerst dagewesen sei. Darüber entstand Streit. Viele waren zuerst dagewesen. Da drückte ein schwarzer Kohlenhändler alle anderen in die Ecken und

verlangte die Adresse einer Familie, die umgezogen sei, ohne vorher die Kohlenrechnung bezahlt zu haben.

Während Herr Hohmeier mit dem Zeigefinger die Fächer des Regals nach dem Personalakt abtippte, den Akt nicht fand, setzte der Streit im Schalteraum von neuem ein. Schließlich vereinigte der Jörn alle Streitenden gegen die Beamten.

Wieder dachte Seidel darüber nach, ob außer ihm wohl noch ein Mensch auf der Welt durch so eine teuflische Kleinigkeit wie die, daß es nur wenige Namen mit dem Anfangsbuchstaben Ppsilon gab, daran verhindert sein würde, sich auszuzeichnen und vorwärtszukommen.

Herr Hohmeier trat noch einmal zum Kohlenhändler, fragte ihn, ob er den Namen denn auch richtig aufgeschrieben hab. Alle schimpften, streckten die Zettel durch das Schalterloch.

„Sie erlauben, Herr Hohmeier, daß ich Ihnen helfe.“ Seidel sammelte die Zettel ein.

„Nein, ich kann das nicht erlauben. Bitte sehr, Herr Seidel, ich erlaube das nicht... Es sind meine Buchstaben.“

Die Wartenden schrien dazwischen. Der Bureauvorsteher, der von dem Tumulte aus seinem Besperzimmerchen herausgelaßt worden war, verfügte, daß die beiden jungen Herren dies eine Mal mitheßen sollten. „Ausnahmsweise!“

Unter unheilvollem Schweigen des bleich gewordenen Herrn Hohmeier wickelte sich das Geschäft jetzt glatt ab.

Herr Hohmeier war nicht fähig, zu arbeiten. Ein ungeheurer innerlicher Aufruhr machte ihn blind. Die beinahe immer gegenwärtige Vorstellung, daß er sich am Tage seiner Beförderung eine goldene Brille kaufen und nach der übernächsten Beförderung sich mit dem neben ihm gealterten Mädchen einstweilen wenigstens verloben werde, hob sich auch jetzt hartnäckig in den Vordergrund. Immer wieder sah er sich, goldbebrillt, vor dem Traualtare stehen. So daß über eine Stunde vergangen war, bevor er gefunden hatte, was Seidel endlich einmal klar und deutlich gesagt werden mußte. „Der sehr bedauerliche Vorfall von vorhin bedarf dringend der Aufklärung. Ich, meinerseits, muß Ihnen sagen, daß in diesem Bureau ein Sichoordrängen — ich könnte mich auch noch schärfer ausdrücken — nichts nützt...“

„Und ich muß Sie bitten, mich nicht bei der Arbeit zu stören.“

... denn wenn alle Beamten hier in diesem Bureau gewissenhaft ihre Pflicht tun — und das kann als sicher angenommen werden —, so daß keiner entlassen wird, werden Sie, Herr Seidel, in acht Jahren an meinem Pulte sitzen und

in zwölf Jahren am Pulte des Herrn Ant... Unterdessen werde ich an Herrn Ants Pult gefessen haben. Herr Ant an des Herrn Bureauleiters Pult. Und der Herr Bureauleiter wird, seinen Dienstjahren entsprechend, eine höhere Stelle in einem anderen Bureau einnehmen... Es gibt in diesem Gebäude sehr viele Bureaus, die wir zu durchlaufen haben, ehe wir pensioniert werden. Ein Durchbrechen dieser Ordnung gibt es nicht. Das wollte ich Ihnen gesagt haben.“ Bedenkend Mundes ging er an sein Pult zurück.

Und Leo Seidel, der schon am Anfang dieser plastischen Darstellung sich gefagt hatte, daß in einem Magistratsbureau das Wort „Freie Bahn dem Tüchtigen“ ganz offenbar keine Gültigkeit habe, und daß somit ein schnelleres Vorrücken nahezu ausgeschlossen sei, schrieb noch am Abend desselben Tages peinlich sauber sein Entlassungsgesuch.

Die meierlange Tabakspfeife wie einen Offiziersbegeh gefühlert, krochhüte der Korpsstudent Karl Lenz abgehakt und streng vor seinem früheren Schulkameraden Jürgen und fragte ihn, welchem Korps er angehöre.

„Ich studiere Philosophie, wie du weißt. Seit einem Jahre!“ sagte Jürgen stolz. „Einer Verbindung gehöre ich nicht an... Ich wollte Herrn Professor Lenz meinen Besuch machen.“

Der noch immer in steifer Verbeugung stehende Korpsstudent zuckte mit dem Kopf nach vorn, und seinem Mund entfuhr, als er die Lippen öffnete, ein knallender Ton: „Gehören Sie nicht an? ... Vor allem: Ihnen zur Kenntnis, daß mein Vater vor einer Woche zum Geheimrat ernannt worden ist.“ Er machte links um und blickte, dem Gast den Rücken zugekehrt, passend zum Fenster hinaus.

Die wirkliche Welt um Jürgen verank. Alles natürliche Denken und Fühlen verschwand. Erst nach minutenlanger Pause sagte er: „Da gratuliere ich.“

Der Student antwortete mit einer weißen Dampf Wolke, die an der Fenster Scheibe hinaufstieg, rührte sich nicht. Und Jürgen sah plötzlich in einer glänzenden Studentengesellschaft, hatte ebenfalls eine grüne Mäke forsch im Nacken sitzen, das Couleurband schräg über der Brust. Alle trinken ihm zu. Er ist geehrt, geachtet, spielt eine Rolle. Kommt Karl Lenz und starrt ihn herausfordernd an. Jürgen starrt zurück. Und springt auf. Schweigen. Alle springen auf. Kartenwechsel. Jürgen schlägt sich tadellos. Phinchen ist totenbleich vor Bewunderung. Und die Lante läßt sich den ganzen Vorgang erzählen.

(Fortsetzung folgt.)

Wirtschaft

Der Getreidewucher soll wieder kommen!

Ernte 1923. — Die Zerstörung der Gemeinwirtschaft. — Abhebung der preussischen Düngekredite. — Der große Notstand: Schutzölle.

Der Gesamtantrag an Brotgetreide aus der Ernte des Jahres 1923 im Vergleich zu früheren Jahren ergibt die folgenden Mengen (wobei aus der Ernte von 1913 die seither verlorengegangenen Gebiete herausgenommen worden sind):

Fruchtarten	1923	1922	1913
	in 1000 Tonnen		
Winterweizen	2 488	1 607	8 583
Sommerweizen	405	290	510
Winterroggen	159	113	487
Wintergerste	6 550	5 174	9 987
Sommergerste	101	60	144
Brotgetreide zusammen	9 736	7 504	14 619
Kartoffeln	82 680	40 665	44 018

Die Brotgetreideernte ist somit um rund ein Drittel höher als im Vorjahre, aber immer noch um ein Drittel niedriger als 1913.

Die Ursachen des Rückganges der deutschen Ernteziffern seit 1913 sind von zweierlei Art. Einmal ist die bebaut Fläche um 1,2 Millionen Hektar geringer. Zum anderen ist der Ertrag an Körnerfrüchten pro Hektar für 1923 nur etwa 16 Doppelzentner, während er 1913 20 Doppelzentner gewesen ist.

Bei den statistischen Ziffern der Landwirtschaft muß beachtet werden, daß es sich nur um Schätzungsangaben der Saatenstandsberichterstattung handelt. Sie sind mehr oder weniger stark Interessenmeinungen unterworfen. Es wurde während des Krieges, um der Zwangswirtschaft auszuweichen, sehr gern niedrig geschätzt, neuerdings beeinflussen neben der alten Gewohnheit die Steuern die Schätzungen. Dennoch muß gesagt werden, daß unsere Landwirtschaft in ihrer Produktion seit 1913 weit zurückgegangen ist. Auch hier sind die Gründe von zweierlei Art. Einmal hat der Bauer während des Krieges den Anreiz der freien Konkurrenz nicht gehabt, er war vom Ausland abgeschlossen und im Inland in die öffentliche Bewirtschaftung eingegliedert. Im besonderen mit der Einfügung in das Allgemeininteresse hat er sich nie abfinden können. Er hat deswegen nach dem Krieg sich mit aller Kraft bemüht, die sein Profitinteresse einschneidenden Fesseln der Zwangswirtschaft abzuschütteln. Als ihm das gelungen war, fehlte ihm leider wieder der Anreiz der Konkurrenz, der zur Steigerung der technischen Leistungsfähigkeit führt — Deutschland war durch seine Valuta vom Weltgetreidemarkt ausgeschlossen —, der Bauer kümmerte sich nicht um die Steigerung der Produktion, sondern nur um die Preissteigerungen seiner Produkte.

Etwa mit der Jahreswende und durch die Schaffung der wertbeständigen Zwischenvährung hat sich das plötzlich alles umgekehrt. Die Verdienstmöglichkeiten des Bauern werden jetzt korrigiert durch die Zufahren des Auslandes. Seine Flucht vor der Mark, gemeinsam mit Verschwendungssucht, der diese in den längst vergangenen Jahren in der unglaublichen Weise gefördert haben, hat die Bildung von Betriebsreserven verhindert. So kam jetzt die Landwirtschaft darüber, daß nicht einmal genügend Geld da sei, um Kunstdünger zu kaufen. Das deutsche Getreide ist ja teurer als ausländische Mehl!

Auf der dritten Haupttagung des Reichslandbundes im Februar 1923 hielt Dr. Köstke das Hauptreferat. Damals betonte er, daß die Landwirte der freien Wirtschaft bedürften, nur so würden in der Ernährung Deutschlands keine Störungen auftreten. Er meinte u. a.:

„Im Interesse des deutschen Volkes, im Interesse der Sicherstellung seiner Ernährung verlangen wir erneut und feierlich Befreiung von den Fesseln der Zwangswirtschaft und baldigste Erklärung der Regierung hierüber, damit die Landwirtschaft mit der Hoffnung an die Befreiung herangehen kann, daß ihr die Möglichkeit gegeben wird, sich aus ihrer eigenen Produktion die Betriebskapitalien wieder zu beschaffen, die sie gebraucht, um ihren Pflichten nachzukommen. Die Zeit ist kurz, die Gefahr ist groß! Die deutsche Regierung möge das beherzigen.“

Was Köstke für den Reichslandbund im Februar 1923 gefordert hat, die Befreiung von den Fesseln der Zwangswirtschaft, ist für die Landwirte erreicht worden. Als dann im Frühjahr die Getreideumlage fiel, da kannte der Bauer in der agrarischen deutsch-nationalen Presse kein Ende.

Die preussische Regierung versuchte auch damals noch dadurch die Brotversorgung zu sichern und die Landwirtschaft zu fördern, daß sie vorschlug, den Landwirten im Frühjahr den Kunstdünger gratis zu liefern. Dafür sollte im Herbst die Zahlung in Brotgetreide erfolgen. Damit war die Schwierigkeit der Beschaffung der Betriebskapitalien behoben. Aber der Plan wurde von den Agrariern im Verein mit den Kunstdüngerinteressenten gerschlagen!

Und wie steht es heute? Soeben veröffentlicht der deutsch-nationale Reichstagsabgeordnete Schiele in der „Deutschen Tageszeitung“ einen Artikel über die handels- und wirtschaftspolitische Lage der deutschen Landwirtschaft. Dieser Artikel ist ein Bekenntnis der katastrophalen Auswirkung der freien Wirtschaft. Schiele bringt, daß die deutsche Landwirtschaft mitten in einer schweren Krise sei, sie würde von der ankündigenden Woge des ausländischen Wettbewerbes erstickt. Die Landwirtschaft habe nicht einmal Geld, um den Kunstdünger für die Frühjahrsbefreiung zu kaufen! Jetzt müsse die nationale Arbeit geschützt werden, wir müßten

zurück — zu den Getreideschutzzöllen, die möglichst lädenlos gewinnlos werden.

Die Landwirtschaft will also nicht den Kampf um die Intensivierung ihrer Betriebe aufnehmen, sie will einfach ihren teuer gewordenen Betrieb, der durch die Luberei der Kriegs- und der Nachkriegszeit zu dem geworden ist, was er jetzt ist, dadurch rentabel machen, daß die Einfuhr von Brotgetreide versteuert wird. Der Brotwucher soll reichsweit gemacht werden. Die Herren Drahtzieher werden sich täuschen. Es wird dafür gesorgt werden, daß die kleinen und mittleren Bauern erfahren, wie sehr die deutsch-nationale Politik und der Reichslandbund an ihrer derzeitigen Lage mitschuldig sind.

Pfandleihe für das Bärenwerk.

Die Württembergische Elektrizitäts-Aktiengesellschaft, Stuttgart hat bekanntlich im Oktober 1922 eine 100 000-Pfund-Sterling-Anleihe aufgelegt, deren Erlös zum Ausbau des Strahlkammwerkes, einer Wasserkraft von rund 10 000 Pferdestärken der Stadt Salzburg bestimmt war. Die Sächsischen Elektrizitätswerke Salzburg, welche aus der bisher bestehenden Anlage von circa 7000 Pferdestärken bereits umfangreiche Strommengen nach Bayern abgeben, werden aus dem der Vollendung entgegengehenden Strahlkammwerk diese Lieferungen nach Deutschland noch erheblich steigern. Zur weiteren Unterstützung dieser Stromlieferungen und zur Versorgung des Landes Salzburg hat die Salzburger Aktiengesellschaft für Elektrizitätswirtschaft, an der die „Wag“ durch Aktienbesitz stark interessiert ist, das sogenannte Bärenwerk bei Fusch mit einer Leistung von 10 700 Pferdestärken und einer Jahresleistungsmenge von rund 40 Millionen Kilowattstunden in Angriff genommen. Das Werk ist bereits bis zu 75 Proz. fertiggestellt. An dem Ausbau der genannten Werke ist Deutschland nicht nur wegen der Befreiung mit elektrischer Energie interessiert, sondern insbesondere auch deshalb, weil umfangreiche Materiallieferungen durch deutsche Fabriken für den Ausbau dieser Werke getätigt werden können. Zur Ausbringung der zur Bauvollendung noch erforderlichen Mittel gibt nun die „Wag“ nach dem erprobten Muster ihrer früheren Anleihe eine neue 90 000-Pfund-Sterling-Anleihe heraus.

Für die Sicherheit der Anleihe hoffen: 1. Die Gesellschaft „Wag“ mit ihren gesamten Aktien, 2. die Salzburger Aktiengesellschaft für Elektrizitätswirtschaft mit ihrem gesamten Vermögen, insbesondere aber dinglich mit ihren für die Anleihe verpfändeten Eigenschaften, und 3. das Land Salzburg als Bürge mit seinem gesamten Vermögen und Steuerankommen. Die Treuhänderchaft hat wiederum das englische Bankhaus J. Henry Schröder u. Co., London, übernommen.

Zu hoher Papiermarkt-Flut. Der Zentralausschuss der Reichsbank tritt am Dienstag zu einer außerordentlichen Sitzung zusammen, um einen Bericht des Reichsbankpräsidenten Dr. Schacht entgegenzunehmen. Sehr wahrscheinlich wird der Ausschuss auch die Frage einer Herabsetzung des Papiermarktdiskontsatzes, der heute immer noch 10 Proz. beträgt, erörtern. Bekanntlich hat die Seehandlung (Preussische Staatsbank) die Kreditzinsen von 24 Proz. bzw. 18 Proz. ab Montag auf 7 bzw. 6 Proz. herabgesetzt. Ursache dieser Kreditverbilligung bei der Seehandlung sind die großen Bestände an Papiermarktguthaben, die sich seit kurzem bei der Bank aufhäufen. Auch die anderen Geldinstitute berichten von einer fortwährenden Zunahme der Depositen. Bei den Großbanken betragen die Anlagen dieser Art, die während der Inflation kaum in Frage kamen, mehrere hundert Millionen Goldmark. Es lohnt sich für die Kapitalisten, Papiermarktguthaben zu besitzen, sie verzinsen sich höher und leichter, als wenn sie in die Produktion gesteckt werden. Wir

Richtpreise in Berlin im Nahrungsmittel-Großhandel und im Verkehr mit dem Einzelhandel in Originalpackung vom Montag, den 28. Januar

offiziell festgestellt durch den Landesverband Berlin und Brandenburg des Reichsverbandes des Deutschen Nahrungsmittel-Großhandels e. V. Berlin. Die Preise verstehen sich in Gold-M. für 50 kg in Originalpackung ab Lager Berlin

Gerstengraupen, lose	16,25	16,70	Neiken Zanzibar	24,70
Gerstengraupen, lose	16,25	16,70	Schwarzer Pfeffer Siam	14,70
Malerhocken, lose	16,45	16,7	Wilder Pfeffer	141,00
Malergrütze, lose	17,55	17,75	Pinant Jamaica	70,4
Maisgrütze	20,25	20,55	Rohkaffee Zentralam.	200,00
Maispulver, lose	22,50	22,95	Rohkaffee Prime	195,0
Roggenmehl 01	13,55	14,5	Rohkaffee Superior	177,0
Weizenmehl	18,40	19,00	Rohkaffee Zentralam.	200,00
Hartweizen	23,00	24,00	Rohkaffee Brasil	200,00
7 % Weizenmehl	14,50	15,25	Maukaffee gepackt	71,00
Weizen-Auszugmehl	17,00	18,5	Rohrosteirde, lose	17,00
Speiseerbsen, Vit. toria	26,00	27,0	Ergatzmischung mit 20%	70,00
Sojaerbsen, kleine	18,00	18,50	Kaffee, gepackt	120,00
Bohnen, weiße, Perl	24,00	24,50	Kakao per kilo an der	120,00
Linsensamen, handverles.	35,00	37,00	Tea in Kisten Souchong	360,00
Linsen, kleine	27,00	33,00	Inlandsucker basis met.	42,25
Linsen, mittel	34,00	44,00	Inlandsucker Raffinade	4,35
Kartoffelmehl	18,33	—	Zucker Würfel	40,50
Makkaroni, lose	4,70	—	Kunsthonig	32,20
Schmittmehl n. lose	27,40	—	Marmelade Einf. Erab. 108,20	—
Burma II ungelöst	20,00	—	Marmelade Vierfrucht	52,00
Siam Patina I gelöst	27,25	—	Siedesalz in Säcken	5,00
Grober Bruchreis	18,70	—	Steinsalz in Säcken	4,50
Reisgrüa u. -mehl, lose	14,25	—	Siedesalz in Packung	6,50
Rindfleisch, amerik. extra choice	122,00	—	Steinsalz in Packung	4,70
Getr. Aprikosen, cal. fancy	155,40	—	Bratenessalz in Tierces	72,10
Getr. Birnen, ca. fancy	146,70	—	Bratenessalz in Kisten	24,00
Getr. Pfirsiche, cal. extra choice	14,80	—	Purelard in Tierces	71,00
Getr. Pfäumen	64,00	—	Purelard in Kisten	72,00
Korinth in Kist, choice	85,20	—	Margarine, Handverles.	52,90
Rosinen in Kisten Canada	77,40	—	Margarine, Spezialmark.	50,00
Dexel Caraburu	90,30	—	Corned beef 12 lb p. K.	32,50
Sultaninen in Kisten	108,70	—	Speck, realizen, fett.	79,00
Mandeln, bittere Bari	149,00	—	Quadratkäse	70,00
Mandeln, süße Avola	162,50	—	Quarkkäse	50,00
Kaneel	105,00	—	Tilster Käse, vollfett	130,00
Kassia Vera	105,00	—	Tilster Käse, halbfett	80,00
Kämmel, holländischer	166,00	—	Aust. ungesch. Condensmilch 4 1/2 %	77,00
			Inländische, dragl. 4 1/2 %	74,00
			Int. 2%, Condensm. 4 1/4	34,40

Heutige Umrechnungszahl 1000 Milliarden.

brauchen den Wucher dieses Zustandes ebenso wie die Befreiung der hohen Bankzinsen.

Amerikas Automobilheer. Die Zahlen der Automobilproduktion des Jahres 1923 liegen nun vor. Sie betragen 4 000 823 gegen 2 688 049 im Jahre 1922. Die Gesamtzahl der in den Vereinigten Staaten im Betrieb stehenden Autos beträgt 14,5 Millionen. Die Farmer besitzen 30 Proz. aller Automobile. Im Verhältnis zur Bevölkerung gibt es die meisten Automobile in den Kleinstädten mit einer Bevölkerung von 1000 bis 5000 Einwohnern. Hier kommt ein Wagen auf jede vierte Person.

Landwirteparade. Die bekannte „Große landwirtschaftliche Woche“ findet in Berlin vom 18. bis 22. Februar statt.

Filmschau.

Die Filme der Woche.

Alle Stoffe sind dem Film recht. Er schaut sich nach seinem die Hand auszustrecken, und wäre er auch noch so kläglich, noch so sehr geleidet durch die höchste Form, die er überhaupt finden konnte. Homers Heldenepik ist verfilmt worden und hat damit das gleiche Schicksal erlitten, das andere Gedichten der Weltliteratur längst erlitten hat. Hans Rysers Bearbeitung: „Helena“, von der der erste Teil „Der Raub der Helena“ im Kino-Saal aufgeführt wurde, hat mit Homers Epos nicht allzu viel zu tun. Dieser hat den Stoff rein literarisch behandelt und zum Teil die Psyche des alten Patroklos Homer gründlich verlassen. Er verlegte die Handlung in eine teils primitivere Zeit, teils raffiniert er sie zu einer berühmten Ständeklasse des Altertums. Götterweltweise kennt die Masse des Publikums die „Ilias“ zu wenig, um die Unterschiede zu merken. Dafür ist aber auch der Zusammenhang manchen unklar geblieben, da selbst die vielfachen Zwischenfälle dem nicht ganz neuem konnten. Hans Rysers, der Regisseur der „Helena“, hat das Material umgelegt in eine höchst lebendige Schau von Stoffen, die Opfer- und Aufzählungen, Wagenrennen, beinahe gefährlichen Seespielen usw. Das Urteil des Publikums ist in eine Diskussion verfallen. Dafür wird die Darstellung der Helena im Tempel des Adonis in voller Anschaulichkeit vorgeführt. Die Zauberei des Wunderspiegels und allerlei anderes phantastisches Beiwerk wird nicht gespart. Der Höhepunkt ist das Wettrennen um den Kranz der Helena, in dem Menelaos vom müdeleitenden Achilles überwinden wird. Der erste Teil endet mit der Verbannung der Griechen bei Troja. Das Material und die Photographie lassen keinen Zweifel an der künstlerischen Qualität. Die Darstellung hat auf solche Körper und große Massen nicht verzichtet, und so wird das Endergebnis höher als befürchtet sein, der überall von sich reden macht. Helena ist die schöne Göttergöttin, Adonis, der prächtige sportlich geschulte Carlo Adini. Das Entzücken der jungen Mädchen bildet der etwas staunhafte, jarte und hübsche Vladimir Gaidarov. Albert Steinhilber als Priamos, Hofmann als Polydamon, der große französische Karikaturist Daumier und der gotisch ferde Offenbach haben den Homer parodiert und ihm so auf ihre Weise Ehre erwiesen. Man es mit dem neuen Film ebenso gehen. Aber die Zuschauer sollen sich nun nicht einbilden, daß sie nach einer Abkühlung irgend etwas von dem klassischen Stoffe erzählt hätten.

Hoffmanns Erzählungen“ wurde frei nach Offenbachs Oper von Josef Walms für den Film bearbeitet und in der Kibama r a uraufgeführt. Im ganzen ist die Handlung der Oper übernommen, im einzelnen aber bei der Ausgestaltung der drei fiktionalen Nebenfiguren, die Hoffmann von der Puppe zur venezianischen Courtisane und schließlich zur deutschen Greisenbilde führen, auf Hoffmanns Roberte zurückgegriffen. Da Offenbachs Musik in sehr ansprechender Bearbeitung einen vollen und musikalischen Rahmen stellt, hätte man in manchen eine Steigerung der Einträge gegenüber der Oper erwarten können. Aber obwohl der Regisseur Max Kaulsch, der auch den Hoffmann darstellt, es an Anschaulichkeit und Vertiefung des phantastischen Apparats für die Puppe, besonders aber für die Schatten- und Spiegelbilder nicht fehlen läßt, kommt doch das Märchenhaft-Phantastische nicht zur rechten Geltung, wie auch das Verückend-Edelmütige der venezianischen Genscu anspricht. Unter den Darstellern ist hervorzuheben nur die Giulietta der Tagna Cervara.

„Mädchenlos“, uraufgeführt im Tonspiel-Palast, ist eine Pieta. Dieser Film verleiht, ebenso wegen des für uns ungewohnten Wunschkisses und anderer Inzucht der sehr schlichten Kopie. Der Inhalt ist recht amerikanisch, denn sentimental, durchdringt von sich aufeinander brüderliche. Ein unerschrockenes Mädchen wird durch einen gefallenen jählichen Verbrecher und Wähling von einem Mann belogen, geht ohne ihr Wissen eine Scheinheirat ein, wird von ihrem Mann verlassen, gerät in Not und wird ein Kind, das bald stirbt, vertrieben als Dienstmädchen und bekommt schließlich einen reichen Farmerheben. Wenn man nun schon solchen Anhalt bietet, dann sollte man uns wenigstens mit dem hübschen Text versehen. Million Bild, die als Filmdarstellerin bekannt ist, ist Vertreterin der Hauptrolle. Das Spiel ihrer Hände, das sie in dem großen Melodramadrama „Jinet“ spielen im Sturm der Welt gebrannt, wirkt dort während und bei erregend, hier aber in es völlig unbegründet. Größtes, der „Gros“, Größtes, der „Gros“, ist der Regisseur. Das Spiel er 7. Er bietet durch Kleinigkeiten. Um anzudeuten, daß das naive Mädchen sich über die Pracht des Hauses wundern, bringt er einen Bruchteil in Wohnnahme. Um unterrichtliche Manieren zu illustrieren, läßt er bei den Gesellschaftsdamen, den Kaiserinnen und auch bei der Epheerin Edele und Ertrümpf photographieren. Dann vertritt er, Tiere zu verwenden, in ein Mädchen, das sich das Köpfchen kraulen läßt, und ein Pferd, das nicht voran will. Das einzig Fabelhafte, und etwas Beschämende ist eine einmal länglich erstattete Rettung über die Hölle hinweg. Die Deutschen sollen mit Größtes Konkurrenzfähig sein — sagt man — die in Größtes jedoch haben sie bereits bei weitem überboten.

„Zwei Schiffe unter Kanonen“ ist ein wertvoller Film (Richard-Oswald-Cinematheek). Er bringt die geschickten Uebnisse zweier Novellen, die an der Küste Neu-Guineas in das Bereich des Stammes Kio-Kio verlagert wurden. Hier leben die Kanibalen in ihrer primitiven Lebensweise, wie in den Oasen mehrere Familien durcheinander wohnen, die Frauen alle Arbeit tun und die Männer kauligen. Wie beobachtet sie bei Tanz und Gesang mit ihren eigentümlichen Tönen, die einem Europäer, sobald er sie einmal gehört hat, immer als etwas ganz Unklarbares im Ohre bleiben. Aber wir vernahmen auch, welche Opfer der Götterlei gebracht werden. Das Schicksalsdrama der Kanibalen ist groß und ihr Körper mehr schmutzige Qualen erdulden, damit sie als schön und modisch erscheinen. Die Frauen vergreifen sich durch Denunziation an Karben, verlangerte Ohrläppchen usw. und die Männer durch Rafenersticker; leicht die Leiden der Geworbenen schmilzt man mit dem prächtigen Reiterfedern. Bei einem solchen Film, der in den Tropen aufzunehmen ist, bei dem man keine schauderhaften Verletzungen befehle anwenden kann, nimmt man ohne weiteres ein mattes Bild in Kauf, aber warum der Text unleserlich ist, ist unverständlich.

WEIßSE WOCHE

Beginn: Montag, den 4. Februar

Vorverkauf: Sonnabend, den 2. Februar

HERMANN TIETZ

